

VOLKSWAHRHEIT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Er scheint täglich außer Montag.
Dieselbe ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteur
zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige,
für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40.

Breslau, Mittwoch, 17. Februar 1892.

3. Jahrgang.

August Bebel's Rede aus der 170. Plenarsitzung des Reichstags.

Wenn ich nach dem Eindruck, den ich hatte, urteilen soll, war die Rede des Abg. von Stumm recht schwächlich, ich muß ihr aber nach den begleitenden Umständen eine große Bedeutung zuschreiben; das zeigt sich schon daran, daß sie nur einen sehr losen Zusammenhang mit dem zur Verhandlung stehenden Gegenstand hatte, und ich behauere, daß der Herr Präsident mit seinem Hinweis dem Abg. von Stumm das Konzept verleiht, denn sonst hätten wir etwas ganz Außerordentliches zu hören bekommen, etwas, das auf ein neues Sozialistengesetz deuten zu sollen scheint. Ich weiß nicht, ob ein solches Gesetz in Aussicht steht, Abg. von Stumm hat ja allerlei Beziehungen und Fühlung nach oben, möglich ist ja, daß ein solches Gesetz vorbereitet wird; dann ist Abg. von Stumm aber in Bezug auf dies neue Gesetz herzlich schlecht unterrichtet. Denn Alles, was er an Zitaten heranzog, bezog sich auf eine längstvergangene Zeit, wo viele der jetzigen Mitglieder des Hauses noch nicht hier saßen, und was er sonst von der Sozialdemokratie sagte, ist allbekannt, und es ist nichts Neues in dem, worüber er sich in seiner langweilig gehaltenen Rede verbreitete. Ich behauere, daß der Abg. v. Stumm nicht den Mut gehabt hat, die Anklagen, die er gegen die Sozialdemokraten im Allgemeinen geschleudert hat, auch gegen die Partei im Reichstage zu richten. Wir haben keine Veranlassung, die Neußerungen, die draußen fallen, zu desavouieren. Wir können natürlich nicht für die Worte jedes Parteimitgliedes verantwortlich gemacht werden, ebenso wenig wie Sie vielleicht für alle Neußerungen Ihres Fraktionsgenossen Stöder eintreten wollen. Unsere Partei soll keine politische Partei sein. Jedes Wort, um das Gegenteil zu beweisen, wäre verloren. Herr v. Stumm wird wohl selbst nicht glauben, was er gesagt hat. Eine Partei, die seit 25 Jahren hier im Hause sitzt, die die stärkste in Deutschland ist, die ein bestimmtes formuliertes Programm hat, wie keine andere Partei, die einen ganz bedeutenden Einfluß auf die gesamte innere und äußere Politik des Deutschen Reiches ausübt (Rufe rechts: Oho!) — jawohl, hat doch selbst der Reichskanzler gesagt, daß jeder Gesetzentwurf darauf hin geprüft wird, welchen Einfluß er auf die Sozialdemokratie ausübt; ist dies doch auch beim Volksschulgesetz geschehen! (Vizepräsident Graf Ballestrem: Ich möchte den Redner bitten, allmählig zum Gegenstand der Tagesordnung zu kommen.)

Ich will nur kurz bemerken, daß Fürst Bismarck hier im Reichstage im Jahre 1885 es ausgesprochen hat, daß die ganze Sozialreform im Deutschen Reich nicht da wäre, wenn wir keine Sozialdemokratie hätten. Da machen die Neußerungen des Abg. von Stumm, daß wir weder eine wirtschaftliche noch eine politische Partei seien, einen eigentümlichen Einbruch. Ferner hat er ausgeführt, unsere Partei bezwecke nur, Haß, Meid und Mißgunst gegen die Besitzenden zu erregen. Das sagt der Mann einer Richtung, die in den letzten Jahren die Klinken der Gesetzgebung ausschließlich gehandhabt hat, um sich besondere Vorteile zu schaffen; ich erinnere nur an die Schutzgölle, Zuckerprämien, Schnapsprämien und die Beiträgerien, die keine Klassenengenossen in Bockum z. B. fertig gebracht haben in Bezug auf die Schienenfällschungen und bezüglich der falschen Angaben über das Einkommen zur Feststellung der Steuer. Das sind die Vertreter der Besitzenden und gebildeten Klassen, nach der Auffassung des Abg. v. Stumm die Repräsentanten der Sitte, der Moral und des Christentums. Auch die freie Liebe kommt hier in Betracht; davon sollte der Abg. v. Stumm doch schweigen, es giebt Klassen, wo die Maitressenwirtschaft so ausgeprägt ist, daß der Abg. von Stumm in seinen Kreisen wol eine ganze Reihe von Fällen kennen wird, die man völlig als freie Liebe bezeichnen kann. Dann hat er einen Brief vorgelesen, dessen ganzer Stil und Inhalt in mir den Zweifel erweckt, ob er überhaupt von einem wirklichen Fabrikarbeiter verfaßt ist oder ob derselbe nicht vielmehr ein durch den Gang der Dinge deklassierter Mann ist, der vorher wirtschaftlich selbstständig war. Die Zahl solcher Arbeiter in Deutschland ist eine ganz außerordentlich geringe, die Mehrzahl hat Not, ihr Leben zu fristen. Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter verdienen noch nicht so viel, um sich ein Brot fast essen zu können. Ich habe eine Lohnstatistik hier, die nicht nur Fabrikarbeiter umfaßt. Nach dieser verdienen viele Arbeiter, wenn sie überhaupt Arbeit bekommen, bei einer 15-16stündigen Arbeitszeit höchstens 13 Mark die Woche. (Rufe rechts: Wo denn?) In Glauchau z. B. Wenn Sie sich darüber wundern, dann beweist das nur, daß Sie die Verhältnisse gar nicht kennen, denn viele Arbeiter verdienen noch weniger. Der Vortredner hat dann Bezug genommen auf eine Broschüre, welche unterzeichnet ist v. August, „ein Pseudonym, welches den wahren Verfasser deutlich kennzeichnet.“ Wenn ich meine Anonymität so wenig verbergen wollte, dann würde ich lieber meinen vollen Namen darauf schreiben, was ich übrigens stets tue. Diese Broschüre ist von einem

Manne geschrieben, der nicht einmal zu dem engeren Kreise unserer Partei gehört, also hier gar nicht maßgebend ist. Maßgebend sind nur die offiziellen Beschlüsse unserer Parteikonferenzen, und wenn Sie diese lesen — das Protokoll von Halle ist in der Partei-Duchhandlung „Vorwärts“ für fünfzig Pfennige zu haben —, dann werden Sie sehen, wie wir in Wahrheit über Streiks und Boykotts denken. Ich habe mich übrigens selbst noch am 13. Januar darüber hier geäußert. Alles, was der Abg. von Stumm gegen uns ausgesprochen verfaßt hat, ist also neben die Scheibe gegangen. Die Beschuldigung der Parteityrannisierung müssen wir immer hören; wollen Sie etwa sagen, es sei keine Tyrannisierung, wenn die Gebr. Stumm keine sozialdemokratischen Arbeiter in ihren Fabriken beschäftigen, wenn die Eigentümer eine Fabrikordnung erlassen, die einer Zuchtanordnung so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern, und die erst unter dem Druck der Gewerbeordnungs-Novelle so umgeändert ist, daß man sie als halbwegs menschlich bezeichnen kann? (Vizepräsident Graf Ballestrem: Ich kann es nicht dulden, daß der Abgeordnete Babel einem Mitgliede des Hauses vorwirft, daß es eine Fabrikordnung erlassen hat, die nicht als menschlich bezeichnet werden könne. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.) Ich komme zum Gegenstande der Tagesordnung. Abgeordneter v. Stumm proklamiert den Grundsatz, daß die Eisenbahnverwaltung sozialdemokratische Arbeiter nicht beschäftigen dürfe; man muß dem Abg. v. Stumm die Strafbank lassen, daß er zu den wenigen Männern gehört, die rücksichtslos ihre Meinung sagen, er will also die in seinem Betriebe geltenden tyrannischen Grundzüge auch für den Staatsbetrieb in Geltung gesetzt sehen. Ist aber die Regierung zur Anwendung solcher Prinzipien berechtigt? Abg. von Stumm sagt, es genügt nicht, Arbeiter zu inlassen, die, wenn auch nur außerhalb der Arbeitszeit, sozialdemokratisch agitieren, sondern die auch nur sozialdemokratisch denken; zum Trost für den Abgeordneten v. Stumm sage ich, daß diese Idee in den in eisenbahntätigen Eisenbahnwerkstätten veröffentlichten Anschlägen schon verwirklicht ist: da ist gesagt, daß Beamte und Arbeiter, die der Regierung Opposition machen, nicht verwendet werden können. Danach müßten auch Arbeiter, die der freisinnigen Partei, oder dem nach den früheren Hauptungen als „Reichsfeinde“ bezeichneten Sentium angehören, nicht verwendet werden und in Zukunft wol überhaupt keine Liberalen, wenigstens nach der Stellung, die sie zum Volksschulgesetz einnehmen. Aber der ganze Grundgedanke ist ein

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

„Es ist um so unbegreiflicher“, fuhr der Medizinalrat Lange fort, „wie er entkam, da die Haustüre verschlossen war. Die Bianetti selbst erwachte um zehn Uhr und gab dem Polizeidirektor zu Protokoll, daß sie im strengsten Sinne nicht wisse, auch nicht einmal ahne, wer die Maske sein könne. Alle Ärzte und Chirurgen sind verpflichtet, wenn sie zu einem Patienten, der durch einen Fall oder eine Messerwunde lädiert ist, gerufen werden, solches anzuzeigen, weil man vielleicht auf diesem Wege dem Mörder auf die Spur kommen könnte. So stehen die Sachen. Ich bin aber überzeugt wie von meinem Leben, daß ein tiefes Geheimnis zu Grunde liegt, das die Sängerin nicht entdecken will; denn die Bianetti ist nicht die Person, die sich von einem ihr völlig unbekanntem Manne nach Hause begleiten läßt. Das scheint auch ihr Mädchen, das beim Verhör zugegen war, zu ahnen. Denn als sie sah, daß Signora nichts wissen wollte, gab sie nichts von dem Wortwechsel an, den sie gehört hatte, mir aber warf sie einen bit tenden Blick zu, sie nicht zu verraten. „Es ist eine entsetzliche Geschichte“, sagte sie, als sie mich nachher zur Treppe begleitete, „aber keine Welt brächte mich dazu, etwas zu verraten, was Signora nicht bekannt werden lassen will.“ Sie gestand mir noch etwas, das vielleicht auf die ganze Sache Licht verbreiten würde.“

„Nun, und darf ich diesen Umstand nicht auch wissen?“ fragte der Kommerzienrat. „Er sieht, wie ich gespannt bin; spann' Er ab, spann' Er ab, um Gotteswillen, ich könnte sonst leicht meine Zufälle bekommen!“

„Höre Er, Bolnau, beinn' Er sich, lebt noch ein Bolnau außer Ihm in dieser Stadt? Existirt noch irgend ein anderer in der Welt, und wo, sag' Er, wo?“

„Außer mir keine Seele in dieser Stadt“, antwortete Bolnau; „als ich vor acht Jahren hierher zog, freute es mich, daß ich nicht Schwarz, Weiß oder Braun, nicht Meier, Müller oder Bauer heiße, weil damit allerlei unangenehme Verwechslungen geschehen. In Kassel war ich der einzige Mann in meiner Familie, und sonst giebt es auf Gottes Erdboden keinen Bolnau mehr als meinen Sohn, den unglücklichen Musiknarren, der ist verschollen, seit er nach Amerika segelte. Aber warum fragt Er nach meinem Namen, Doktor?“

„Nun, Er kann es nicht sein, Kommerzienrat, und sein Sohn ist in Amerika. Aber es ist schon Viertel über zwölf Uhr, Prinzess Sophie ist krank, ich habe mich nur zu lang mit Euch verschwagt; lebt wohl, à revoir.“

„Nicht von der Stelle“, rief Bolnau und hielt ihn fest am Arm, „saget mir zuvor, was das Mädchen noch gesagt hat.“

„Nun ja, aber reinen Mund gehalten, Bolnau! ihr letztes Wort, ehe sie in jene tiefe Ohnmacht sank, war Bolnau.“

III.

Man hatte den Kommerzienrat Bolnau noch nie so ernst und düster schleichend sehen, wie damals, als ihn

der Doktor Lange vor dem Palais verließ. Const war er munter und rüstig einhergeschritten, und wenn er mit dem freundlichsten Lächeln alle Mädchen und Frauen grüßte, mit den Männern viel lachte und ihnen allerlei Neues erzählte, so hätte man ihm noch keine sechzig Jahre zugekaut. Er schien auch alle Ursache zu haben, glücklich und guter Dinge zu sein; er hatte sich ein hübsches Vermögen zusammenspekuliert, hatte sich, als es genug schien, mit seiner Frau in B. zur Ruhe gesetzt und lebte nun in Freude und Jubel, jahraus, jahrein. Er hatte einen einzigen Sohn gehabt, dieser sollte die Laufbahn des alten Herrn auch durchlaufen und handeln, und sich umtun im Kommerz, so wollte er es haben.

Der Sohn aber lebte und webte nur im Reich der Töne, die Musik war ihm alles, der Handel und Kommerz des Vaters war ihm zu gemein und niedrig. Der Vater hatte einen harten Sinn, der Sohn auch, der Vater brauste leicht auf, der Sohn auch, der Vater stellte gleich alles auf die Spitze, der Sohn auch; kein Wunder, daß sie nicht miteinander leben konnten. Und als der Sohn sein zwanzigstes Lebensjahr zurückgelegt hatte, war der Vater fünfzig, da brach er auf, sich zur Ruhe zu setzen, und wollte dem Sohn den Handel geben. Es war auch bald alles in Richtigkeit und Ruhe, denn in einer schönen Sommernacht war der Sohn nebst einigen Klavierruszeugen verschwunden, kam auch richtig nach England und schrieb ganz freundschaftlich, daß er Amerika gehen werde. Der Kommerzienrat wünschte ihm Glück auf den Weg und begab sich nach B.

(Fortsetzung folgt.)

folcher, und die Konserwativen sollten sich nach dem Fall Graf Limburg wol befinden, solche Grundzüge zu vertreten, und hier handelte es sich doch um einen Beamten, der angestrichelt ist mit der Verpflichtung, die Politik der Regierung zu fördern, dort um Arbeiter, die nur ihre Arbeit pflichtgemäß zu erfüllen haben. Das Verhalten der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung kontrastiert auch sehr scharf zu dem vom Staatssekretär v. Bötticher vertretenen Ansichten, der noch am 18. Januar sagte, in seinem Ressort wenigstens werde ein Arbeiter nicht seiner politischen Ansicht wegen aus der Arbeit entlassen; ich frage mich, daß Herr von Bötticher sich dem Beispiel des Herrn Thielen nicht angeschlossen hat. Die Auffassung des Herrn Thielen steht auch im Widerspruch zu der des Reichs-Oberhauptes (Odo! rechts). Jawol, als es sich im Jahre 1889 um die Berliner Unfallversicherungs-Ausstellung handelte, sagte der Kaiser in einer Audienz zum Abg. Köhler, man müsse den Arbeitern die Ueberzeugung verschaffen, daß sie völlig gleichberechtigt im Staate seien; dieser Satz ist nirgends in Zweifel gezogen worden, danach soll also auch kein Unterschied wegen der politischen Ueberzeugung gemacht werden. (Widerspruch rechts.) So lange das Sozialistengesetz galt, hatte man wenigstens einen Schein von Berechtigung — nur einen Schein, solche Unterscheidungen zu machen, jetzt aber ist auch nicht ein solcher Schein vorhanden. In dem bekannten Kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 in ferner ausführlich ausgesprochen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollen — aus Winterweckstätten Arbeiter ihrer politischen Ansicht wegen zu entlassen, das ist ein Widerspruch. (Widerspruch des Abg. v. Stumm.) Ja, Herr v. Stumm, Ihre Betriebe sind wirklich keine Musteranstalten. (Heiterkeit.) Es ist gerade so unanständig, Leute ihrer politischen Ansicht wegen zu entlassen, wie wenn man sie wegen ihrer religiösen Ueberzeugung schlecht behandelt. Es ist eine der größten Entwürdnungen des modernen Staats, daß er in seine Grundsätze aufgenommen hat, daß Jedermann seine religiösen und politischen Ansichten frei äußern und vertreten kann. Jeder Bürger hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Druck, Schrift und Bildwerke frei zu äußern,“ sagt die deutsche Verfassung. Damit steht es im Widerspruch, privilegierte Meinungen schaffen zu wollen. Wenn man Arbeiter hindert, gewissen politischen Ansichten zu huldigen, so ist es ein kleiner Schritt, die Arbeiter zu zwingen, gewisse politische Ansichten zu haben. Diesen Schritt hat in der Tat Herr Thielen schon getan, denn als Ober der Eisenbahn-Direktion Hannover verfügte er, daß in dem damaligen Wahlkampf zwischen einem Sozialdemokraten und einem Wesen die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-Verwaltung für die Stimmabgabe zu enthalten hätten, weil Beide gleichheitsgefährlich seien. Man verlangt von den Arbeitern, daß sie ihrer Militärpflicht genügen und für das Vaterland Gesundheit und Leben eventuell opfern und ihre besten und ihre indirekten Steuern zahlen, da muß man ihnen auch die entsprechenden Rechte geben. Wo aber ein solcher Verbot erlassen wird, da beraubt man sie der ihnen gewöhnlichsten Grundrechte. Nun sagt Herr von Stumm: ja, das ist notwendig, und ganz besonders bei der Eisenbahn-Verwaltung mit Rücksicht auf die große Gefahr, die für den Staat aus einem anderen Verhalten resultieren könnte. Diesen Punkt hätte sich doch Herr v. Stumm überlegen sollen. Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei in Deutschland, sie wird immer stärker und in kurzer Zeit überhaupt die Mehrheit der Bevölkerung umfassen. Daher muß sie auch in alle Zweige der Verwaltung und in das Heer eindringen. Wenn nun, was ich nicht wünsche, der Moment kommt, wo Deutschland das Schwert ziehen muß — und dann wird es das Schwert ziehen müssen für seine Existenz und Unabhängigkeit —, dann braucht es den letzten Mann, auch die Sozialdemokraten, und es könnte den Herren schlecht bekommen, wenn man heute den Sozialdemokraten die Ueberzeugung heibringt, daß sie einen solchen Staat, dem solche Rechte zur Seite stehen, zu verteidigen nicht mehr nötig haben. Bis jetzt haben die Sozialdemokraten in allen Betrieben ihre Schuldigkeit getan, wie jeder Betriebsleiter bestrebt wird, daß die Sozialdemokraten die pflichttreuesten und tüchtigsten Arbeiter sind. (Widerspruch des Abg. Graf Bött.) Ja, Herr Graf Bött, in Pommeran sind wirklich keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigt. Darum sollten Sie wol zusehen, daß Sie sich die Kunst der Sozialdemokraten nicht verzerren. (Zurück rechts: Wir sind nicht feige!) Wenn man die Sozialdemokraten so behandelt, wie Herr v. Stumm, so heißt das Vogel Strauß-Politik treiben, die im Laufe der Geschichte so häufig iguantes Unglück herbeigeführt hat. Solche Maßregeln muß man unterlassen, sie stehen im Widerspruch mit unserer Kultur, dem Staatsgesetz und der Wohlwolligkeit, die die Staatsregierung auch jedem Arbeiter gegenüber walten müßte; sie darf nicht Maßregeln ergreifen, bei denen kein Ruhm und keine Ehre zu holen ist, sondern nur Blamagen und Niederlagen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach Bebel sprachen der Demokrat Hausmann, der Regierungsrat Knie, der „König“ Stumm, der National-liberale Möller, R. Hirsch (Deutschfreimüthiger Gewerkschafter), Hige vom Zentrum und der Konservative von Beldorff.

Darauf nahm Genosse Bebel nochmals das Wort: Die Bestimmungen der vierten Werkstätten-Ordnung verdienen nicht etwa bloß agitatorische Bestrebungen der Sozialdemokraten, sondern Bestrebungen, welche gegen Kaiser und Reich gerichtet sind. Dasselbe nur Herr von Stumm in seinem eigenen Betriebe, indem er verbietet, daß ein Arbeiter in seiner Meinung sich zur Sozialdemokratie bekennt. Ich erkenne vollständig an, daß kein Arbeitgeber es sich gefallen zu lassen braucht, daß in seinem Betriebe irgend welche politische Kaktionen, sei es sozialdemokratische, katholische oder sonstige, betrieben wird. Es ist aber falsch — und das ist bei dem einen von dem Kommissar erwählten Arbeiter geschehen —, wenn dieser Arbeiter nur bestala erlassen wurde, weil er von seinem Rechte als Mitglied des Arbeiter-Ausschusses Gebrauch gemacht hat. Ich halte es für ungesetzlich, einen Arbeiter zu entlassen, weil er an Vereinigen und Versammlungen außerhalb des Betriebes teilgenommen hat. Es wäre etwas anderes, wenn in den betreffenden Bestimmungen direkt gegen die Eisenbahn-Betriebe gehandelt worden wäre. Dies ist aber nicht der Fall gewesen. Wenn Herr von Stumm uns für keine politische Partei hält, so heißt das seiner geistigen Kapazität ein sehr böses Zeugnis aus, die Regierung hält uns aber für eine politische Partei, sie ist also nicht ent-

schuldigt. Die Maßregeln des Herrn von Stumm richten sich übrigens gar nicht gegen die sozialdemokratischen Arbeiter allein, sondern auch gegen freisinnige Arbeiter. (Widerspruch des Abg. von Stumm.) Sie haben doch seiner Zeit denjenigen Arbeitern mit Kündigung gedroht, welche das damals fortschrittliche „Neumärkerer Tageblatt“ hielten! Bei uns „steigt nicht hinaus“, wer unsere Meinung nicht teilt, sondern wer systematisch unsere Partei verleumdet. Darum handelt es sich auch auf dem Erfurter Kongress. Wir haben nicht die Schriften des Dr. Wille kopultrirt, sondern ihm nur das Privileg entzogen, daß seine Schriften im Kommissionsverlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ verblieben. Wenn Herr Hige heute den Versuch machen will, in der Buchhandlung des „Vorwärts“ die Schriften des Herrn Dr. Wille zu bestellen, so bekommt er sie ebenso wie die „Frieden“ des Herrn Eugen Richter. Ich habe dem Abg. von Stumm nicht nachgelassen, daß er Unsitlichkeiten rechtfertigt, sondern nur: in dieser Klasse ist Unsitlichkeit in Hülle und Fülle, welche der Staatsanwalt sogar mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt, wie im Fall Waare. Wenn er meint, wir hätten kein Programm und wüßten nicht, wie wir unseren Zukunftsstaat einrichten wollen, so sage ich: an dem Tage, wo der Bauplatz für den Zukunftsstaat frei ist, haben wir auch die Pläne fertig. Haben wir die Macht, unsere Ideen zu verwirklichen, dann haben wir auch die Möglichkeit; hoffentlich erleben Sie es noch. (Heiterkeit.) Ohne unsere Partei hätten wir kein Gesetz über die Sonntagsruhe bekommen. Die Anschulldigung, als ob sozialdemokratische Arbeiter mit dem Feinde gemeinsame Sache zu machen bereit seien, eine Anschuldigung, die auf Vorkonkurrenz hinauskommt, muß ich auf das Allerentschiedenste juridizieren. Wir haben in öffentlichen Kundgebungen ausdrücklich betont, daß wir nicht im Interesse der herrschenden Klassen und der Regierung, wol aber im Interesse der nationalen Existenz, also auch unserer eigenen Existenz, gegen den äußeren Feind zu Felde ziehen würden. Es ist nicht bewiesen worden, daß sozialdemokratische Arbeiter oder Beamte ihre Pflicht im Eisenbahn-Betriebe vernachlässigt haben. Weit gefährlicher für die Sicherheit des Betriebes scheint mir die Schienenklüder. (Zustimmung links.) Zahlreiche Schienen sind so gestrichelt, daß sie im Falle einer stärkeren Benutzung im Kriege eine ernste Gefahr herbeiführen können. Die sozialdemokratischen Arbeiter könnten vielleicht eines Tages Sie und Ihre Gesellschaft retten. Wenn Herr Möller zweifelt, daß unsere Partei die stärkste sei, so bitte ich ihn, einmal den Versuch zu machen, die fünfjährige Legislaturperiode aufzuheben. Wir fürchten die nächste Wahl nicht, wol aber seine Partei. Herr von Bennigsen hat sich für die Gewählung von Diäten nur erklärt als Kompensation des Wahlgesetzes. (Widerspruch bei den National-liberalen.) Sie wollen eben kein allgemeines Stimmrecht. Das Zentrum hat durch die Zustimmung zu den Schutzgöllen, insbesondere zu Branntwein- und Zuckerpämien, den reichen Leuten geholfen; es ist nach dem Friedensschluß mit der Regierung gewillt, auf dieser Bahn fortzufahren; wir können das ruhig abwarten, denn wir sind sicher, daß wir davon den Erfolg haben werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach diesen Ausführungen Bebel's sprachen noch Hausmann, Geheimrat Wackerzapp, Schrader (Dfr.) von Stumm, Paul Singer, von Kardorff (Rp.) und Barth (Dfr.).

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die bewegte Debatte geschlossen.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Der große Unjug hat eine erweiterte, wenn auch nur erst polizeiliche Auslegung erhalten. In einer Verammlung in Berlin, die sich gegen das Volksschul-Gesetz kehrte, sah der überwachende Polizeibeamte in der Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche einen „groben Unjug“. Nun ist uns zwar der Polizeibeamte nicht gerade eine Rechtsautorität, aber eine Witterung von dem, was in der Luft liegt, hat er doch. Er weiß, die Religion liegt jetzt in der Regierungsluft, und da greift er zu. Ueber die juristische Begründung des „groben Unjugs“ braucht er sich nicht den Kopf zu zerbrechen; das werden schon die Rechts-Praktiker besorgen.

Lohnarbeit der Schulkinder. Um ein Bild zu gewinnen, in welchem Umfange Lohnarbeit der Kinder besteht, sind an der einfachen nebenklassigen Volksschule zu Altendorf bei Chemnitz Erhebungen angestellt worden. Bei diesen Erörterungen blieben jene Kinder ganz unberücksichtigt, welche im Verufe des Vaters oder beim Erwerb der Mutter Beschäftigung finden. Je älter die Kinder werden, desto zahlreicher gehen sie der Lohnarbeit nach und zwar in:

Knabenkl.				V. von 40 Schülern 7 gleich 17,5 Proz.			
	IV.	37	5	13,5			
	III.	51	16	31,3			
	II.	49	22	44,9			
	I.	31	19	61,2			
Mädchenkl.				V. von 49 Schülern 69 gleich 33,6 Proz.			
	IV.	55	3	5,5			
	III.	46	13	28,2			
	II.	53	21	39,6			
	I.	27	7	25,9			

Mädchenkl. von 20 Schülern 44 gleich 19,8 Proz.

Unter den beschäftigten Kindern fanden:

1	gleich	0,58	Proz. im Lebensalter von	8—9	Jahren
5	2,65				
7	3,19				
16	11,49				
37	33,7				
57	33,7				
15	13,28				

Es wurden beschäftigt: 56 im Fabrikbetrieb, 19 als Hausburken, 11 in der Landwirtschaft, 20 in Haus-haltungen, 7 in anderen Berufen. Die tägliche Arbeits-jelt beträgt (einschließlich der Stunden, die von Einzelnen Sonntags gearbeitet werden) durchschnittlich 6 Stunden, also wöchentlich durchschnittlich 36 Stunden. Hierfür wird von einem Kinde verdient wöchentlich im Durchschnitt 1,14 Mk. Der Gesamtverdienst im Jahre beträgt von allen 118 Kindern 6696 Mark. Dieser geringe wirtschaftliche Gewinn vermag in keiner Weise den Nachteil auszugleichen, daß viele an ihrer Gesundheit gefährdet werden, daß ihre geistige Ent-wicklung gehemmt wird, da doch Unaufmerksamkeit als natürliche Folge der körperlichen Abspannung er-scheint. Es wäre sehr interessant, solche Zusammen-stellungen auch anderorts zu beschaffen, deren Ergebnisse in Volkswirtschaft und Volkserziehung berücksichtigt werden müßten. — Das ist das Urteil eines Schul-mannes, welcher in der „Leipziger Ztg.“ über jenes Uebel berichtet.

Wie eine Reminiscenz an das Mittelalter nimmt sich die Meldung der „Kreuz-Ztg.“ aus, in Königs-berg würden am 18. d. M. die Superintendenten der Provinz Ostpreußen sich versammeln, um unter dem Vor-sitze des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchen-rates, Wirklichen Geheimen Rates Dr. Barthausen, über Maßregeln (!) gegen das Sektenwesen zu beraten. In jener Provinz nehme die Sektirerei in un-gewöhnlichem Maße überhand; schon seit Jahren habe man sich in den berufenen Kreisen mit dieser An-gelegenheit beschäftigt; jetzt solle ernstlich vorgegangen werden.

Die ganze Meldung klingt überaus abenteuerlich, mittelalterlich. Was man sich bei uns — wir leben ja doch nicht in Rußland! — unter „Maßregeln“ gegen das Sektenwesen vorstellen soll, ist völlig un-jasbar. Das Einzige wäre, daß die Superintendenten die Gründe bejeitigen wollten, welche zu so zahlreichen Austritten aus der Landeskirche Anlaß geben. Daß dies jedoch die „Kreuz-Ztg.“ melden wollte, ist nicht recht glaublich.

Sollten wirklich die wolbestallten Herren Theologen glauben, ihre Maßregeln gegen die sogenannte „Sektirerei“ können Erfolg haben?

Das einzige kapitalistische Rettungsmittel gegen ein Erslicken in der eigenen Produktion wollen auch die Elässer Textilindustriellen in Anwendung bringen. In voriger Woche hatten sich in Mülhausen auf Veranlassung der süddeutschen Webereibesitzer 60 Fabrikanten in dortiger Gegend zu einer General-Versammlung der Spinnerei- und Webereibesitzer des Ober-Elsaß in den Räumen der Industriellen Gesellschaft versammelt, um über die Ver-minderung der Produktion der Garne und Gewebe sich gemeinschaftlich zu verständigen. Nach Besprechung der in Augsburg gefaßten Beschlüsse kam man überein, eine Arbeitsverminderung von 10 pCt. eintreten zu lassen. Der angestellten Enquete zufolge sollen im Elsaß jetzt bereits 90.—100 000 Spindeln stille stehen.

Und wo bleiben die Arbeiter? Darüber zerbrechen sich die Herren Kapitalisten ihre Köpfe nicht.

Zum Fall Peus sagt das katholische „Zentral-Vollksblatt für den Regierungsbezirk Arnberg“: „Mit schmerzlichen Bedauern haben wir jüngst die Tatsache vernommen, daß es einem Chemanne, welcher sich in Untersuchungshaft befand, von Seiten eines königlichen Staatsanwaltes trotz des Angebotes einer Kaution verweigert wurde, an die Seite seiner sterbenden Gattin zu eilen und ihr so die letzte schwere Stunde zu erleichtern. Was Mann und Frau insolge dieser Ver-weigerung gelitten, das auszumalen, mögen uns die Leser erlassen. Ein Jeder, der menschlich fühlt, wird sich in die Lage der bedauernswerten Ehegatten ver-setzen können. Daß jener Chemanne ein Sozialdemokrat ist, tut nichts zur Sache. Auch ein Sozialdemokrat ist Mensch mit menschlichen Empfindungen, menschlicher Freude, menschlichem Schmerze. Wir mögen seine An-schauungen beklagen, sie verdammen, aber das Recht der Gerechtigkeit können und dürfen wir ihm seiner An-schauungen wegen nicht freitig machen.“

Daß am Ende des 19. Jahrhunderts noch ein Mann versichern muß, auch ein Sozialdemokrat sei ein Mensch mit menschlichen Empfindungen, menschlicher Freude, menschlichem Schmerze“, zeigt, wie tief noch verhältnismäßig der Kulturstand des Deutschen Reiches ist; wie wenig dieser allerdings allerchristliche Staat von dem Gebote des mythischen Nazareners tatsächlich profitiert hat: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.

X Berlin. In der 172. Plenarsitzung des Reichs-tages wurde die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Staats für das Etatsjahr 1892/93 fortgesetzt.

Es handelt sich um folgenden Spezial-Stat: Stat für die Verwaltung des Reichsheeres auf Grund der mündlichen Berichte der Kommission für den Reichshaushalts-Stat. Berichterstatter: Abg. von Reubell für das Ordinarium und die Einnahmen. — Abg. Sahn für das Extraordinarium.

Ausland.

Schweiz.

Münchensteiner-Unglück. Der berühmte eidgenössische Generalanwalt hat keinen an diesem Unglücksfalle Schuldigen finden können. Daß die Brücke nicht nach den behördlich genehmigten Plänen gebaut, daß sie mangelhaft konstruiert und aus schlechtem Material gefertigt wurde, daran scheint also Niemand schuldig zu sein.

Man sagt uns, die Schuldigen seien gestorben. Wer warum nennt man sie dem Volke nicht?

Immerhin ist die Sache dem Gerichte überwiesen worden; aber nach dem Sinne der beigefügten Motivierung offenbar nur pro forma.

Italien.

Im Prozeß zu Rom wegen des Tumultes am 1. Mai wird im Fortgang des Verhörs der deutsche Student Wilhelm Körner vorgeführt. Die Verteidiger Körners sind die Advokaten Mazza und Del Medico. Der Angeklagte beschwert sich wiederholt über die Bezeichnung „der sogenannte Student“, welchen die Anklageakte enthält. Er sei regelrecht und gesetzmäßig eingeschrieben in die Liste der Studierenden an der Universität zu Rom und habe die angenommenen Vorlesungen regelmäßig besucht. Die Zeugnisse darüber seien in den Händen der Verteidigung. Er erzählt von Neuem, wie man ihm einen Polizeispizel ins Haus geschickt, der in der Maske eines hungernden Proletariats sein Herz für die Arbeiter anrufend, ihm Geld und Bücher herausgelockt habe. Diese Bücher mit den später bei ihm konfiszierten bildeten dann einen Teil des Anklagematerials und so wurden streng wissenschaftliche Werke wie Engels „Ursprung der Familie“ als erzrevolutionäre Schriften vorgeführt. Diesen selben Polizeispizel habe er auf der Piazza Santa Croce am 1. Mai wiedererkannt; ihm habe er es zu verdanken, daß er seit nun 10 Monaten eingekerkert sei. Alle diese Tatsachen stehen in einem logischen Zusammenhange; sie decken sich mit den Aussagen der anderen Verhafteten, in erster Linie mit den wiederholten klaren Angaben Ciprianis. Er spreche seine feste Ueberzeugung aus, daß dieser ganze Tumult am 1. Mai von Lockspizeln (Agents provocateurs) hervorgerufen sei. Er fordere den Staatsanwalt auf, ihm einen Prozeß wegen Verleumdung der Polizeibeamten zu machen, dann werde die Wahrheit herauskommen.

Der Staatsanwalt Bico erklärt, die Wahrheit müsse bereits in diesem Prozeß herauskommen, und sollte sie ergeben, daß der Tumult von Beamten der Quästur (Polizei) hervorgerufen wurde, so würde er keinen Anstand nehmen, gegen die Polizei-Agenten vorzugehen.

Verteidiger Mazza: Hierzu kann der Angeklagte dem Herrn Staatsanwalt vielleicht noch weiter behilflich sein. Kennt Herr Körner vielleicht einen gewissen Paolo Kulli, der zum Kongreß der Anarchisten nach Capolago ging?

Körner: Ja. Er zeigte sich mir stets als einer der wütendsten Anarchisten; ich habe ihm niemals getraut und ihn mir stets vom Leibe gehalten.

Verteidiger: Nun, es wird der Quästur gemiß nicht schwer fallen, den Paolo Kulli zu entdecken. (Helterkeit.) Wie hieß jener erste Lockspizel, der Sie in in Ihrer Wohnung aufsuchte?

Körner: Arnuro Mezzetti.

Verteidiger: Auch von einem Dritten, der sich Ihnen aufdrängte, hat sich dasselbe Ergebnis herausgestellt. Wie ist sein Name?

Körner: Emilio Massari, von dem heute feststeht, daß er im Regierungsbureau arbeitet. (Bewegung.)

Auf Anordnung des Präsidenten wird von diesen drei Namen besondere Kenntnis genommen.

Körner wird in den Käfig der Angeklagten zurück geführt, nachdem der Verteidiger Del Medico das Zeugnis der deutschen Ärzte verlesen, in welchem dem Angeklagten Körner wegen eines Herzleidens der Aufenthalt im südlichen Italien angeraten wurde.

In der Sitzung vom 8. Februar begann das Verhör der Zeugen. Es sind deren nicht weniger als 500 vorgeladen, zu einem Drittel Frauen. Unter den vornehmsten Augenzeugen befindet sich Carlo Cosulich, Major des 14. Infanterieregiments. Er erzählt ausführlich seine Wahrnehmungen auf dem Plage Santa Croce. Er hörte deutlich die ganze

Ciprianis' und ihm schien sie von dem Bestreben erfüllt, die Gemüter zu beruhigen. Der erste Schuß aber fiel in der Nähe des Ballons. Dann ging die Kavallerie zum Angriff vor, er selbst ließ seine 200 Leute zur Räumung des Platzes vordringen und es begann unter Schreien und einzelnen Schüssen „ein vertheufeltes Handgemenge“ („un tafferuglio indivolato“).

Rittmeister Angelo Bozzi griff, nachdem der erste Schuß gefallen, zuerst die Menge an, so war seine Ordre gewesen, die er auszuführen hatte. Von seinen Reitern wurden fünf mehr oder weniger schwer verwundet.

Oberstleutnant De Andreis hatte am 1. Mai das Kommando der Gesamtruppen auf dem Plage Santa Croce, es waren 1200 Mann Soldaten, davon wurden im ganzen Tumult einer schwer verwundet und etwa sechszig leicht verletzt.

Als unter den folgenden Zeugen der Polizeibeamte Giuseppe Trento mit lebhaften Gebärden schildert, wie er überall um sich in den Händen der Aufrührerischen Dolche, Messer, ja sogar lange spitze Nägel gesehen, erhebt sich im Zuschauerraum so lebhafter Widerspruch, daß der Präsident die Räumung des Saales anordnen muß.

Arbeiterbewegung.

„Du darfst nicht sozialdemokratisch handeln, das wirst Du wissen“, sagte der Braumeister einer Münchener Brauerei zu einem Brauergehilfen, als derselbe erklärte, daß er es nicht leisten könne, 27 Stunden — sprich siebenundzwanzig Stunden — ununterbrochen zu arbeiten, wie es der Braumeister verlangte.

Ein Verbandstag der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands soll zu Ostern dieses Jahres in Elberfeld stattfinden. Auf der Tagesordnung steht als wichtigster Punkt die Stellungnahme zu den Beschlüssen der Halberstädter allgemeinen Gewerkschaftskonferenz. Im Anschlusse an diesen Verbandstag ist die Abhaltung eines Textilarbeiter-Kongresses, ebenfalls in Elberfeld, geplant.

Aus den Tiefen des sozialen Elends: Im Hamburger Asyl für obdachlose Männer fanden seit 25. März v. J. bis Ende Januar d. J. 13 200 Personen insgesammt 28 356 Mal Nachtquartier, dagegen betrug die Zahl der Obdachlosen im Januar d. J. allein 4631, und zwar rangirten dieselben dem Alter nach folgendermaßen: 541 Personen standen im Alter bis zu 20 Jahren, 767 Personen waren 20—30 Jahre, 366 Personen 31—40, 175 Personen 41—50, 60 Personen 51—60, und endlich 14 Personen über 60 Jahre alt. Der bisher älteste Asylist war 81 Jahre.

Zur „Armenpflege“. Ein Arbeiter in Bremen, welcher etwa 5 Monate arbeitslos ist und Frau und acht Kinder zu ernähren hat, wandte sich — wie die „Bremer Bürger-Zeitung“ berichtet — endlich an den Armenvorsteher seines Bezirks um Hilfe. Nach mehreren vergeblichen Gängen sprach man ihm eine Unterstützung zu: dreimal wöchentlich darf er für sich und seine Familie eine Suppe holen lassen und monatlich verabsolgt man ihm 2 Mark bar. Dabei wurde verlangt, daß die Frau — trotz ihrer acht Kinder! — auf Arbeit gehen solle.

Hungerlöhne. Der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart legte dieser Tage eine Dame eine garnirte Schürze, für welche von einer großen dortigen Firma sieben Pfennige Arbeitslohn bezahlt werden, mit der Frage vor: „Wie kann ein Mädchen oder eine Frau bei einem solchen Verdienst bestehen?“ Die Arbeit an einer solchen Schürze erfordert bei einer gewandten Näherin eine gute Stunde, ergiebt also bei zehnstündiger effektiver Arbeitszeit einen Tagesverdienst von 70 Pf., in der Woche 4 Mk. 20 Pf. — Was sagt Eugen Richter's Spar-Agnes dazu?

Kapital gegen Kapital. Verschiedene böhmische Zuckerraffinerien planen die Errichtung eigener Spiritusbrennereien, um das Melassekartell zu brechen.

In Prag verlangten, wie die „Volks-Zeitung“ berichtet, am Mittwoch vierhundert beschäftigungsloser Arbeiter vor dem Rathause stürmisch Arbeit und Brot. Eine vom Bürgermeister empfangene Deputation erklärte, daß in Prag und in den Vororten 12 000 Arbeiter brotlos seien. Der Bürgermeister versprach sofort öffentliche Arbeiten in großem Maßstabe beginnen zu lassen, woeauf die Demonstranten auseinander gingen.

Die Klingeljongen der Molkerei in Randow stellten die Arbeit ein, weil ihnen der Lohn gekürzt werden sollte.

Eine große Volksversammlung in Elberfeld beauftragte ihr Bureau zur schleunigsten Milde rung des Arbeitslosen-Elends bei der Stadtverwaltung vorzulegen zu werden. Weder ein Mitglied des Magistrats

noch des Stadtverordneten-Kollegiums hatte es für nötig gehalten, der Versammlung beizuwohnen.

Im München-Stadtbader Bezirk schlossen jän nliche städtische Stoffdruckerien ein Kartell, au dessen Bruch eine hohe Konventionalstrafe gesetzt ist.

Aus Prag berichtet der Telegraph unterm 11. Februar: Heute Vormittag versammelte sich vor dem Rathause und später vor der Statthalterei eine große Anzahl beschäftigungsloser Arbeiter an, und entsandte Deputationen an den Bürgermeister und Statthalter, um dieselben um Arbeit zu bitten. Der Bürgermeister sagte hundert Arbeitern Beschäftigung bei den städtischen Arbeiten zu. Der Statthalter erklärte, er könne der Bitte um Verwendung bei den Eisenbauten zur Zeit nicht entsprechen, er werde sich anderweitig für die Arbeiter verwenden.

Der Ausstand der Liller Omnibus- und Pferdebahn-Bediensteten soll nach der „Köln. Zig.“ im Wege einer Verständigung beigelegt sein.

Gerichtliches.

Zum Fall Peus. Der Verteidiger des wegen Majestätsbeleidigung angeklagten sozialdemokratischen Redners, Schriftsteller Peus aus Berlin, hat dem Vernehmen nach den Antrag gestellt, gegen die in Frage kommenden Richter bezw. Staatsanwälte in Magdeburg das Disziplinarverfahren zu eröffnen. Der Antrag stützt sich auf die, wie behauptet wird, mit dem § 116 der Strafprozeßordnung nicht zu vereinbarende Behandlung des Angeklagten in der Untersuchungshaft und auf die Tatsache, daß derselbe zu dem kürzlich in Berlin stattgefundenen Termin gefesselt transportirt worden sei. Besonders wird behauptet, daß derselbe einer geistigen Tortur unterworfen worden sei, indem man die ihm zugestellten Zeitungen und Broschüren nicht ausgeliefert und auch Papier zum Schreiben an seine kranke Frau vorenthalten habe.

In Sachen wider Peus steht am 15. Februar, 11 1/2 Uhr Vormittags, vor der Strafkammer zu Magdeburg Hauptverhandlungs-Termin an. In Sachen wider den Abgeordneten Redakteur Schmidt (Burgstädt) steht am 25. Februar, 9 Uhr, vor dem Reichsgericht Termin an. Es kommt in diesem Termin die Frage der Immunität der Abgeordneten zur Entscheidung durch das Reichsgericht.

Ulm. Ein „frisklicher“ Bucherer. Ueber den „Privatier“ Christian Mayer, welcher vor einigen Tagen vom hiesigen Landgericht zu 4 Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, schreibt die „Frankfurter Zeitung“ u. a. Folgendes: Der Angeklagte ist ein stadtbekannter „Gelomensch“; er machte seine Geschäfte zumeist mit einem „kleineren“ Publikum, und zwar bevorzugte er dabei besonders kleinere Beamte. Vor Erlaß des Buchergesetzes nahm er durchschnittlich 40 Prozent und machte u. a. 1876 und 1877 einen Geschäftsgewinn von über 14 000 M. Seit Erlaß des Buchergesetzes trieb er sein Geschäft vorsichtiger; er verlangte nicht mehr, aber jeder Kunde mußte, daß er sich bei Mayer jedesmal mit einem Geldgeschenk einzuführen hatte, von dessen Höhe es abhing, ob der Angeklagte sich in eine Geschäftsverbindung einließ. Herausgegriffen sind Fälle aus den Jahren 1887 bis 1891, die sich größtentheils mit Vertheilungsbeamten ereigneten. Die Provision wurde zum Kapital geschlagen, wobei sich unter Prolongation ein Zinsfuß von 30 bis 240 Prozent, ja in einem Falle die ganz exorbitante Zinshöhe von 450 Prozent ergab. Einen eigentümlichen Eindruck machte es, daß die Zeugen übereinstimmend bemüht waren, den Bucherer zu entlasten, und einzelne Zeugen ihn gar noch als ihren „Wohlthäter“ bezeichneten.

Kleine Chronik.

Hannburg. Nun hat auch unsere Stadt ihren Krach! Der hiesige Vorkaufverein hat seine Zahlungen eingestellt. Bedeutende Veruntreuungen sind von Kassendeckungen verübt worden. Der Direktor des Vereins, Wof, starb plötzlich und wurde bei der Sektion des Leichnams Vergiftung konstatiert. Der Selbstmörder war eine hochangesehene Person und bekleidete neben seiner Stellung als Direktor noch andere ehrenvolle Posten — man kann also mit Recht annehmen, daß er eine sogenannte „Stütze der Gesellschaft“ war. Es wird noch über Anwohnen eines zweiten Herrn gesprochen, bei dem das eingemommene Gift nicht wirken wollte. — Viele Geschäftsleute sollen namhafte Summen einbüßen. Als Gesamtverlustsumme werden anderthalb Millionen Mark genannt.

Die Mitglieder der Familie von Kleib werden durch Faterat in der „Kreuz-Zeitung“ zu dem diesjährigen Familientage am 4. März eingeladen. An

4. März hat Graf Kleist vom Hof seine Gefängnisstrafe von fünfviertel Jahren, die ihm zubilligt wurde, weil er einen Restaurateur lebensgefährlich mißhandelte, bereits verbüßt, so daß er im Kreise der Seinen über seine Erlebnisse in Plögensee wird berichten können.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet wurde der an der Bürgerschule in Oranienburg angestellte jugendliche Lehrer Better, der einzige Sohn vermöglicher Eltern. Der Verhaftete hat sich an den Kindern seiner Klasse, die etwa im Alter von 7 bis 9 Jahren stehen, in empörender Weise vergangen. Im Sommer vorigen Jahres hatte der Mann schon einmal eine Rüge erhalten, weil er sich den Kindern gegenüber unanständig betragen hatte; wie man sieht, hat dieselbe keinen Erfolg gehabt. Wie es der Mensch getrieben hat, geht daraus hervor, daß sieben Mädchen seiner Klasse krank darniederliegen. Die Tochter eines Oberlehrers (8 Jahre alt) weigerte sich standhaft, noch weiter den Unterricht zu besuchen, dadurch kam die Sache ans Tageslicht und es erfolgte die Anzeige. — Der Präsident für das System des Tobschweigens, in welchem die bürgerliche Presse so Großes leistet, ist es, daß die Oranienburger Zeitung des Vorfalls mit keiner Silbe Erwähnung tut, natürlich nur, um den „guten Namen der Familie“ nicht in den Staub zu ziehen. Da sich könnte man ja solche zarte Rücksichtnahme begreiflich finden, bei diesen Blättern aber involviert dieselbe eine große Ungerechtigkeit. Wenn ein armer Teufel von Arbeiter vom Hunger getrieben ein Stück Brot stiehlt, so giebt es keinen „guten Namen der Familie“, die Zeitungen füllen mit solchen Vorkommnissen in aller Ruhe ihre Spalten.

Rürnberg. Aus der besseren Gesellschaft. Die Chronik scandalöser der guten alten Moris ist neuerdings wieder — so lesen wir im „Bayr. Vaterland“ — um einen Fall bereichert worden, der das allgemeine Tagesgespräch bildet. Verschiedene den „besten Ständen“ angehörige Herren, teils beweibt, teils nicht, kamen, um ihre überflüssige Zeit, an der sie, zumal ihre lieben Eltern so vorichtig waren, für ihre Existenz reichlich zu sorgen, fortwährend leiden, auf angenehme Art zu verbringen, auf eine Idee, deren Ausführung sie in eine gar fatale Lage gebracht hat. Sie mieteten in einem Café ein ganzes Stockwerk und bewohnten es mit allerlei zwecklosen Dingen, mit denen sie unter dem Schutze der freundlichen, fürsichtigen Wirtin ihre Orgien feierten. Und wie dies geschah, davon kann man sich in den Kreisen, die in derartigen Standalgeschichten mit Vorliebe „machen“, nicht genug erzählen. Trotzdem man sich alle erdenkliche Mühe giebt, mit Rücksicht auf die soziale und gesellschaftliche Stellung der betr. Herren — ist doch der eine ein entragener Kolonialmann, den sogar die hiesige Kolonialabteilung zu ihren Vorstandsmitgliedern zu zählen die Ehre hat, während sein Intimus ein bekannter, reicher Fabrikbesitzer in einer nahen kleinen Stadt ist, der sich, um seine Zeit in „passender“ Gesellschaft, die er zu Hause nicht findet, zu verbringen, gewöhnlich hier aufhält — die Sache zu vertuschen, ist dies nicht gelungen. Ja, der Strafrichter hat sich sogar die Sache näher angesehen, so daß alles s. Z. an die Öffentlichkeit kommen wird. Natürlich sagt man zuerst die freundliche Wirtin wegen Kuppelrei; was man aber den feinen Herren anhängen wird, darüber zerbricht man sich noch die Kopfe.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

171. Sitzung.

Die zweite Beratung des Etats der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen wird mit den Titeln 13 und 14 des Kap. 4 (Personliche Ausgaben der Betriebsverwaltung) fortgesetzt. Sie sollen für 1892/93 betragen 1 131 892 Mark, um 73 815 Mk. mehr als im vorigen Etatsjahr, weil in Zugang gebracht sind die Stellen für 1 Betriebskontrolleur, 3 technische Eisenbahnsekretäre, 2 technische Betriebssekretäre und 30 Bureauassistenten. Die Budgetkommission empfiehlt die Bewilligung dieser Mehrforderung.

Der Etat wird bewilligt.
Beim Titel 23: Für Erneuerung des Oberbaus 2, 625, 490 Mk., bemerkt

Abg. Besel: In Folge der auf Anregung Richter's beschlossenen Resolution ist in diesem Jahre eine Uebersicht über die Submissionen von Eisenbahnschienen gegeben, aus der hervorgeht, daß 1890 eine größere Anzahl von Firmen ein Angebot von 145—150 Mk. per Tonne machte. Die Angebote im Jahre 1891 bewegten sich zwischen 124—132 Mk. Die Firmen Gebrüder Stumm und de Wenzel in Happingen erboten den Zuschlag zu dem Mindestangebot von 124 resp. 125 Mk. In dem Verzeichnis der Bewerber sind fast gar keine ausländischen Firmen zu finden und die deutsche Eisenbahnverwaltung sollte durchauslich höhere Preise an die deutschen Firmen, als hiesigen Firmen vom Auslande erzielten. Abg. Stumm, welche im vorigen Jahre 124 Mark per Tonne verlangten, schloßen mit der Staatseisenbahn einen Schienenlieferungsvertrag bis 1894 ab, wozu sie die Tonne mit 95 Mk., also um 29 Mark billiger lieferten, als es die

deutsche Eisenbahnverwaltung. (S. 171, 172 links.) Eine wunderbare Befundung des deutsch-industriellen Patriotismus! Aber es kommt noch besser. Im Januar d. J. boien in Breslau rheinisch-westfälische Werke die Tonne zu 115 bis 117 1/2 Mk., an, während sie nach Süd- und Mittelamerika 40 000 Tonnen zu 83 Mk. frei Antwerpen zu liefern übernahmen, nach Abzug der Fracht zu 78 Mark pro deutsch-patriotische Tonne Schienen. (Heiterkeit links.) Die Lieferung kostete den Abnehmern 1 520 000 Mk. weniger, als sie der deutschen Eisenbahnverwaltung zu stehen kommen würde, die inzwischen doch begriffen zu haben scheint, daß die Dinge so nicht weiter gehen können. Der Rückgang des Personen- und Frachtoverkehrs legt ihr die Verpflichtung auf, möglichst zu sparen, und so hat denn zuletzt in Bromberg ein englischer Werk die Lieferung von 10 000 Tonnen bekommen, weil es 10 Mk. billiger war als alle deutschen Werke. Die Eisenbahnverwaltung erspart dabei 100 000 Mk. und der Reichsfiskus erhält außerdem noch 250 000 Mk. an Zoll. Die links-rheinische Eisenbahnverwaltung hat bei einem beizugehen, die sächsische bei einem englischen Werk neuerdings Bestellungen gemacht. Dieser nun untere deutschen Werke so billig nach dem Auslande, so begreife ich, daß Herr v. Stumm am Donnerstag so eindringlich eine Ermäßigung der Eisenbahn-Tarife für Kohlenstoffe gewünscht hat; er will noch einen, wenn auch geringen Profit herauszuschlagen bei den Schleuderpreisen, die er vom Auslande bezieht. Wegen den Kohlenring ist er lebhaft aufgetreten (Widerpruch des Abg. v. Stumm), gegen den Schienenring nicht. Der Kohlen- und Kohlenring hat allerdings, wie seine eigenen Publikationen ergeben, im vorigen Jahre nicht weniger als 147 000 R Entschädigungen an diejenigen Werke gezahlt, welche nach Spanien u. s. w. zu ganz außerordentlich niedrigen Preisen geliefert hatten. Diese ganze Ringe- und Kohlenwirtschaft wird nicht etwa im Interesse der Arbeiter, wie Herr von Stumm voriges Jahr behauptete, sondern nur für die Kapitalisten selbst gemacht, um möglichst hohe Prozente herauszuschlagen, und sie haben dabei ihr Schwächen, den Staat, sehr hübsch geschoren. Aber nicht genug damit, daß das Reich geschädigt wird, ohnehin es das gar nicht nötig hätte, denn es könnte ohne Mühe diese ganze Wirtschaft unendlich machen; durch das Ausschließen der ausländischen Werke, welchen für ihr Fernbleiben von den Submissionen Abhandlungsgeber gezahlt werden, wird es zur Anlegung noch höher Preise genötigt. Dazu kommt, daß die Staats- und Reichs-Eisenbahnverwaltung nicht mehr die Sicherheit hat, daß ihnen nicht für ihr teures Geld noch schlechte, gestohlene Schienen aufgehängt werden. Zu meiner Ueberraschung befinden sich unter den Werken, welche 1890 und 1891 bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung Angebote auf Lieferungen gemacht haben, nicht allein der Bochumer Verein mit Baare an der Spitze, sondern auch die Georg-Marienhütte bei Osnabrück. Dieses Werk hat, wie gerichtlich festgestellt, 20 Jahre lang systematisch die Fällung von Schienen betrieben. Zum Aufsteigen falscher Stempel war ein besonderer Graveur angestellt, der in der gesammelten Belegschaft unter dem Namen „Stempelschreiber“ verkannt war. Er arbeitete in einem Raum, der die Aufschrift trug: „Für Arbeiter verboten.“ Es ist ganz undenkbar, daß die Betriebsleitung von einer solchen Einrichtung nichts wußte. Die Sache ging so weit, daß auch der Fallbar, durch welchen die Schienen auf ihre Bereikbaarheit geprüft werden, auf eine Summiunterlage fiel, damit keine Kraft abgeschwächt würde. Bei der Prüfung der Schienen hat der betreffende Regierungs-Baumeister festgestellt, daß unter den bereits gestempelten Schienen sich 25 unbrauchbare mit gefälschtem Stempel befanden. Dieser Baumeister hat dann seinem Vorgesetzten in Hannover berichtet, daß solche Fällungen ungewöhnlich vorkämen; die Betrügereien seien im großartigsten Umfange betrieben worden; ob auch die geschäftlichen Leiter der Gesellschaft von dieser Sachlage unterrichtet seien, wage er nicht zu behaupten, daß sie eben Sache näherer Untersuchung. Dem Herrn Minister ständen zwei Wege offen: entweder durch einen außerordentlichen Kriminalkommissar an Ort und Stelle die nötigen Untersuchungen anzustellen, wobei bei einer etwaigen Schuld der leitenden Personen die schwerwiegendsten Folgen für das ganze Werk, möglicherweise der geschäftliche Zusammenbruch desselben und die größte Schädigung der Arbeiter zu fürchten sei, oder aber gegen die belasteten Arbeiter und Beamten vorzugehen. Der Minister beirat den letzteren Weg. Er veranlaßte die Eisenbahndirektion in Hannover, durch Vermittelung des ersten Staatsanwalts in Osnabrück das Weitere zu tun. Es heißt in diesem Rektori: „Die mögliche bedenkliche Tragweite der Sache für die betreffende Arbeiterbevölkerung wird, wie ich annehme, dem ersten Staatsanwalt nicht entgehen.“ Damit war dem Staatsanwalt sehr deutlich die Richtung gegeben, in welcher er die Anklage zu erheben hatte. Obwohl es für keinen Menschen zweifelhaft war, daß der technische Betriebsdirektor und Andere von diesen Schienenfällungen Kenntnis hätten, wurde die Sache nunmehr so gedrückt, daß ein Ingenieur und der betreffende Arbeiter angeklagt wurden.

Präsident v. Levetzow: Ich möchte fragen, wie eine Verbindung zwischen dem Reichs-Eisenbahnamt und dieser preussischen Eisenbahnangelegenheit herzustellen ist?

Abg. Besel (fortfahrend): Sehr einfach. Das erwähnte und andere Werke haben der Reichs-Eisenbahnverwaltung Angebote gemacht, und ich möchte sie erziehen, solche Werke, die sich Betrügereien haben zu Schulden kommen lassen, künftig von der Submission auszuschließen. Die Verwaltung hat vermutlich von allen diesen Tatsachen keine Kenntnis. (Heiterkeit.) Der technische Leiter erschwor, daß er von den ganzen Fällungen nichts wisse; der Ingenieur und der Arbeiter wurden verurteilt. Winer der Beurteilten reichte ein Gnadengeuch ein und führte als Entschuldigung an, er könne eine ganze Reihe deutscher Eisenwerke nennen, die es ebenso machen. Das läuft auf dasselbe hinaus, wie das Wort Baare's: „Gefällte Schienen laufen in der ganzen Welt herum.“ Unter den Werken, die bei Schienenlieferungen beteiligt sind, ragt der Bochumer Verein ganz besonders hervor; noch 1890 und 1891 machte er den Staats-Eisenbahnverwaltungen Angebote. Im vorigen Jahre im Infolge eines Prozesses, der mit diesen Dingen zunächst nichts zu schaffen hatte, gegen den Direktor Baare die Beschuldigung erhoben worden, daß auf den Bochumer Werken schon seit einer langen Reihe von Jahren systematisch und im großartigsten Maße Fällungen, Umwandlungen von schlechtem Eisenbahnmateriale durch falsche Stempel in gutes, vorgenommen seien, so daß sich im Laufe

der Jahre hunderte von falschen Stempeln angestempelt hätten. Es bestanden dort besondere Werkstätten mit Drogen von Arbeitern, die Fällungen von Schienen, Schwellen, Balken vornahmen, und als diese Arbeiter von einem der kontrollierenden Beamten der Staatswerkstätten erwisch wurden, verlegte man die Fällungswerkstätten von Bochum nach einem nahe gelegenen Ort, wo sie vor Störungen sicher waren; zwei Graveure waren lediglich mit dem Herstellen falscher Stempel beschäftigt, die Akfordlöhe dafür wurden wie alle anderen Akfordlöhe vereinbart. Nach meiner Ueberszeugung ist es zweifellos, daß von allen diesen Vorgängen Herr Baare genau unterrichtet war und Nichts tat, dem Unfug zu neuern. Aus den Akten folgt, daß er mindestens bis 1880 von den Fällungen Kenntnis hatte, und die geteilte Neuerung des Abg. Müler wird durch eine auf Grund des Preßgesetzes in der „Köln. Ztg.“ veröffentlichte, von Herrn Fusanget veranlaßte Mitteilung widerlegt, wonach die Staatsanwaltschaft aus eigener Initiative erklärte, daß gegen Baare die Anklage wegen Beteiligung an den Schwindeleien nicht erhoben werden könne, weil die Dinge, um welche er wußte, zeitlich zu weit zurücklägen, um noch verfolgt zu sein; also giebt der Staatsanwalt zu, daß, wenn diese Tatsachen nicht zu weit zurücklägen, sie ausgereicht hätten, um gegen Baare die Anklage zu erheben. Dann fährt Fusanget fort: „Außerdem wurde mitgeteilt, daß die Voruntersuchung gegen Baare neuerdings wieder ausgenommen sei auf Grund folgender Tatsachen: Unter den Zeugen, die für Baare's Mitwisserschaft auftraten, befand sich ein gewisser Desfontaine, und bezüglich seiner gravierenden Auslagen kam in den Akten ein Schreibfehler vor; dort hieß es nämlich, die Mitwisserschaft Baare's erstreckte sich nach Desfontaine's Aussagen bis 1880, es sollte aber heißen „bis Ende 1889 oder Anfang 1890“. Desfontaine setzte nämlich Herrn Baare vor zwei Jahren die ganze Sachlage auseinander, der aber war darüber nicht erstaunt oder entrüstet, sondern sagte, dergleichen käme auf allen Werken vor, und ließ sich von dem Zeugen versprechen, über die Vorgänge Schweigen bis zum Tode zu wahren. Ich will Herrn Baare auf Grund dieser einseitigen Aussage nicht schuldig sprechen, fest steht aber seine Schuld bis 1880, für die er der Verfolgung nur wegen Verjährung entging. Es entsteht dabei die Frage, ob es denkbar ist, daß der Direktor, der bis 1890 von den Schwindeleien unterrichtet war, es auf einmal nicht mehr sein sollte; das ist einfach undenkbar, man müßte mindestens nachweisen, daß Baare 1880, als er von den Vorgängen erfuhr, Alles aufbot, um in einem und des Werkes Interesse alle weiteren Betrügereien hintanzuhalten. Aber im Gegenteil, 1889 ist ein gewisser Arbeiter Luning, der beim Herstellen falscher Stempel in Bochum abgefaßt wurde, mit einer Empfehlung des Werkes nach dem vorhin erwähnten Osnabrücker Werk gegangen, wo er Anstellung fand. (Heiterkeit links.) „Eine Hand wäscht die andere“, das ist die Moral unserer Bourgeoisie; es bedarf nur des Hinweises auf die Steuerorgane, um zu zeigen, es handle sich hier nicht um einzelne Personen, sondern nur um ein System, das in den herrschenden Klassen Platz gegriffen hat. Im Vordergrund steht dabei, daß am 5. Juni 1891 Herr Baare als Zeuge vorgeladen und, gefragt, wie es mit seinem Wissen in Bezug auf die falschen Schienen stehe, gesagt hat: Selbstverständlich ist so etwas niemals vorgekommen; daß einmal gefällte Schienen mit unterlaufen, kommt bei allen Werken vor. Es würde beiläufig interessant sein, wenn Herr von Stumm heute gegen diese Beschuldigung Baare's protestierte. Ich bin fest überzeugt, daß solche Dinge auf den stummischen Werken nicht vorkommen. (Lachen links.) Nein, ich bin wirklich davon überzeugt. Aber in seinem Interesse muß es liegen, wenn er sich feierlich gegen solchen Verdacht verwahrt: Herr Baare hat unter seinem Eide ausgesagt, daß er von Fällungen nichts wisse. Jetzt weiß ihm die Staatsanwaltschaft das Gegenteil nach. Dies sollte einmal einem Sozialdemokraten passieren. Wie würde es dem ergeben! (Präsident von Levetzow: Soll das etwa Alles dazu dienen, die Verwaltung vor einzelnen Werken zu warnen?) Ich habe meine Ausführungen zur Genüge gemacht, es folgt daraus mit Notwendigkeit, daß die Eisenbahn-Verwaltungen sich einschließen, Werke, bei denen jetzt oder früher solche Betrügereien und Schwindeleien vorkamen, wie Osnabrück und Bochum, ein für alle Mal von der Beteiligung an Submissionen auszuschließen: denn auch bei der schärfsten Kontrolle giebt es, wie die Erfahrung zeigt, Mittel und Wege, schlechte Ware für gute anzubringen, die Verwaltung müßte denn geradezu fortwährend Beamte auf den Werken inaktivieren, daß nicht in einem Winkel des Werkes oder in der Nachbarschaft Betrügereien vorgenommen werden. Ein Ende muß gemacht werden einem solchen Verfahren von Personen, die an der Spitze unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehen und ihre wärmsten Verteidiger sind, in deren Augen wir Sozialdemokraten der Abichaum der Schlechtigkeit sind, weil wir Eigentum, Staat, Familie und was weiß ich Alles zerstören wollen, während diese Spitzen der heutigen Staatsordnung darauf ausgehen, den Staat zu betrüden. Ueber diese Uebelthäter muß der Staat strenges Gericht halten, was bis jetzt nicht der Fall gewesen zu sein scheint. In diesem Sinne richte ich die Anfrage an die Verwaltung, ob Maßnahmen ergriffen sind, um für die Zukunft solche Schwindeleien zu verhindern, und ob sie nicht geneigt ist, in der von mir angedeuteten Weise vorzugehen, daß solche Werke nicht mehr zu Submissionen zugelassen werden.

Gedemrat Kinel: In den Submissionen kann jeder ein Gebot machen; ob er berücksichtigt wird, hängt von der Prüfung ab, welcher die Angebote unterliegen. Die Prüfung der gelieferten Schienen erfolgt in sehr gründlicher Weise auf unserer eigenen Werkstätten, nachdem die Fabrikation durch Staatskontrolleure von Anfang bis zu Ende auf den Werken überwacht worden ist.

Abg. Schneider-Hamm (ntl.) hält es für eine Pflicht der Berechtigten, einen Mann wie den Geh. Kommerzienrat Baare, gegen den bis jetzt nichts erwiesen sei, vor solchen unqualifizierbaren Angriffen zu schützen.

Abg. von Stumm (Rp.): Der Arbeiter und Unterbeamte habe allerdings ein ganz besonderes Interesse daran, schlechte gefertigte Schienen zu verhindern. Bei allen Fabrikationsformen ist es notwendig, den Arbeiter für solche Waren, die nicht vorchriftsmäßig sind, in irgend einer Weise verantwortlich zu machen. Ist das Material ganz schlecht, dann giebt es gar keinen Lohn; ist es weniger gut, dann wird der Lohn gekürzt. Bei mir z. B. werden Schienen, welche noch

Als Nebenbahnen gut sind, aber den strengen Anforderungen der Eisenbahnverwaltung nicht entsprechen, nur mit der Hälfte des Lohnes berechnet. Wenn nun der Arbeiter versucht, durch Manipulationen der geschuldeten Art seinen vollen Lohn zu bekommen, so ist das Betrug.

Abg. Hitze (B.): Ich stehe auf dem Standpunkt des Kollegen Schneider, möchte dann aber auch die andere Seite bitten, sich nicht in Ausdrücken über Herrn Fusanget zu ergehen, wie Verleumdung, Denunziation u. s. w. Erweisen sich die Anklagen als begründet, so muß doch allseitig anerkannt werden, daß die Dinge im öffentlichen Interesse klargestellt werden; sie dürfen nicht im Stadium der parlamentarischen Voruntersuchung verbleiben.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen des Regierungs-Kommissars haben mich etwas überrascht; er hat gesagt, die Verwaltung sei nicht in der Lage, Fusanget zu verwehren, sich an einer Submision zu beteiligen. Das ist ein ganz falscher Standpunkt, der von anderen Verwaltungen nicht immer geteilt wird. In dem Augenblick, wo ich erfahre, daß ein Unternehmer mich betrogen und beschwindelt hat, hört meine Verbindung mit ihm auf. Warum die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen das nicht auch so machen soll, das verstehe ich nicht. Auch dem jetzigen Chef der Reichs-Eisenbahnen waren die Dinge von der Georg-Marienbütte amtlich mitgeteilt ebenso gut bekannt wie mir, dem Chef der preussischen Eisenbahnen auch. Die Rücksicht auf die beschäftigten Arbeiter soll die Regierung auch nicht abhalten, mit aller Strenge gegen die Vertriebsleitungen vorzugehen. Wenn eine Verwaltung unendlich wird, so sind tausende von anderen Kapitalisten bereit, die Werke zu übernehmen. Noch überraschender war mir die Ansicht des Regierungsvorsetzenden, daß das Schienenstück ihm gar keine Sorge macht. Die Kontrolle sei eine so ausgiebige und ausgezeichnete, daß die Verwaltung kaum hintergangen werden könne. Hier liegen Tatsachen vor, aus denen hervorgeht, daß die Verwaltungen Jahre lang hintergangen worden sind, ehe sie dahinter gekommen. Und da erklärt der Herr Regierungsvorsetzende: Das genügt uns nicht! Die Jahreszahlen werden nicht im Weisheit der Kommissare entfernt, sondern bei Seite geworfen. Dann schießt man die austrangierten Schienen und schilt sie unter die von den Kontrollleuten abgenommenen, indem man gute Schienen dafür wieder wegnimmt. Diese Mogelei wird natürlich hinter dem Rücken des Kontrollleuers vorgenommen. Wenn die Eisenbahnverwaltung das Vertrauen hat, daß nichts Böses vorkommt, so wird das auf allen Schienenwerken sehr deutlich gehört und verstanden werden. Die Kohlenringe werden nicht ermangeln, die Preise so hoch zu schrauben, daß sie auch dem Freiwert von Summ anfangen müssen, un bequem zu werden. Aus seinen Ausführungen haben wir wenigstens erfahren, daß der hohe Eisenzoll eigentlich nur eingeführt ist, damit die Eisenindustriellen möglichst hohe Preise bei den Konsumenten, hier speziell der Eisenbahn-Verwaltung, zu fordern in der Lage sind. Wir sehen den Reichstag durchaus nicht als eine Art Gerichtshof an, der über einen einzelnen Fall urteilen soll. Aber in dem Prozeß gegen Fusanget sind alle Beschuldigungen desselben gegen Baare und Genossen bis auf kleine nebensächliche Punkte als wahr angesehen worden, vor allem die Betrugsereien in den Steuerangelegenheiten. Fusanget ist auch nicht wegen Verleumdung, sondern nur wegen einfacher Beleidigung infolge seiner heftigen Ausdrücke gegen Baare verurteilt worden. In der Schienenangelegenheit ist festgestellt, daß er bis 1880 zweifellos um die Falschung gewußt hat, obgleich er das im vorjährigen Prozesse angezweifelt hat. Herr Schneider hat also keine Ursache, seinen Parteigenossen Baare in Schutz zu nehmen. Herr Baare könnte ja selbst die Sache vor Gericht bringen, wenn er gegen Fusanget wegen der neuerlichen Beschuldigungen die Verleumdungsanklage einreichte. Das Verhalten Baars in dem Steuerprozeß hätte Herrn Schneider, der ja als Richter in diesem Prozeß fungierte, veranlassen sollen, weniger Baare's Partei zu nehmen. Natürlich werden wieder nicht diejenigen auf der Anklagebank erscheinen, die von Rechtswegen dahin gehören, sondern untergeordnete Beamte und Arbeiter, die nur willkürliche Befehle ihrer Vorgesetzten ausgeführt haben. Das beweist, daß in der ganzen Art unserer Projektführung etwas faul ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Lüge gegen einen sozialdemokratischen Arbeiter sozial Material für einen Fallstrich vor wie gegen Baare, so würde er sofort in Untersuchungshaft kommen und von jedem Gericht verurteilt werden. Das gleiche Recht für Alle ist eben zur Phrase geworden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Februar 1892.

Große Volksversammlung. Schluß. Der Vortragende, Genosse Hennig, stellte alsdann den Vortrag zur Diskussion. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß der Agitator der sogenannten Opposition sich im Saale befände. Er fordere deshalb speziell die Opposition auf, sich zum Wort zu melden. Wir seien keineswegs diejenigen, die eine freie Meinungsäußerung unterdrücken wollen. Die Partei, die eine Opposition vertragen kann, beweise, daß dieselbe auf gesundem Boden steht; die Opposition müsse sich aber stets in den Grenzen der Wohlansständigkeit bewegen. Redner kommt des Weiteren auf eine Notiz in der ultramontanen „Schlesischen Volkszeitung“ zu sprechen. Dieselbe meine in Bezug auf die am vorigen Sonntag stattgefundene Volksversammlung, es hätten sich zu derselben meist nur junge Burschen mit ihren „zielbewußten“ Liebsten eingefunden. Die Versammlung war aber ebenso wie die heutige meist von älteren Leuten besucht. Wenn sich an der Bewegung auch junge Leute beteiligen, so beweise das doch nur, daß die Arbeiter eher Verstand bekommen, als die Söhne der Bourgeoisie. (Sehr richtig!) Da bei den Söhnen der Bourgeoisie der Verstand erst mit dem sogenannten Schwabenalter eintritt, und das ist so die Zeit zwischen 30 und 40 Jahren,

so glauben dieselben, daß das bei den Arbeitern auch der Fall sein müßte. Redner verliest hierauf die bereits gestern mitgeteilte Resolution, ebenso einen eingelaufenen Antrag, der ober-schlesischen Parteikonferenz nach Neustadt ein Begrüßungstelegramm zu senden. Die Versammlung beauftragt das Bureau, diesen Antrag zu erledigen. Da sich trotz wiederholter Aufforderungen von Seiten der Opposition Niemand zum Wort meldete, wurde zu Punkt 3: „Verschiedenes“ übergegangen. Ein Genosse schlug vor, dem Genossen Bebel zu seinem in nächster Zeit stattfindenden 25jährigen Jubiläum seiner parlamentarischen Tätigkeit eine Widmungsadresse zu senden. Genosse Albert Schmidt rät, von einem offiziellen Beschluß abzusehen. Wenn das allgemein durchgeführt werden sollte, dann würde Genosse Bebel an seinem Jubiläumstage mit Glückwünschen und Widmungen so überschüttet werden, daß er 8 Tage Zeit brauchen müßte, um Alles eingelaufen durchzulesen. Damit beweisen wir ihm keinen Gefallen. Genosse Schmidt meint deshalb, wenn die Versammlung das Bureau beauftragen würde, dem Genossen Bebel an seinem Jubiläumstage einen Glückwunsch zu senden, dann werde dies wol auch geschehen. Genosse Thamm fragt an, wie weit es mit der Verwirklichung des Antrages bezüglich der Jugendliteratur geblieben sei. Genosse Hennig erwidert hierauf, daß er vorläufig darüber noch keine genaue Auskunft geben könne. Es sei jedoch möglich, daß derartige Schriften sich bereits unter der Presse befänden. Auch er habe ein großes Interesse daran, daß recht bald eine derartige Jugendliteratur in's Leben gerufen werde. Des Ferneren macht Genosse Hennig bekannt, daß in einer unserer nächsten Sonntag-Mittag-Versammlungen die „2 Uhr“-Frage gelöst werden sollte. Das Vereins- und Versammlungsrecht schreibe nirgends vor, daß Versammlungen um 2 Uhr Nachmittags geschlossen werden sollen. Da sonst nichts weiter zur Erledigung vorliegt, wird die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie geschlossen. Unter dem Gesang der Marschallaise verlassen die Genossen und Genossinnen den Saal. — O. —

Portofreiheit für Militär-Invaliden. Die an Reichs-Zivilbehörden gerichteten Gesuche der Invaliden vom Feldwebel abwärts in Invaliden-Angelegenheiten, sowie die an unmittelbare Staats- oder Reichsbehörden gerichteten dergl. Gesuche werden stets portofrei befördert.

Unglücksfall. Als am 9. d. Mts. in der hiesigen Bordenmühle an den Mühlen Nr. 12 ein Getreide-Elevator versagte, griff ein Müllergefelle in denselben hinein, um nach der Ursache des Stillstandes zu forschen. Plötzlich setzte sich der Elevator wieder in Bewegung, und ehe der Geselle seinen linken Arm zurückziehen konnte, wurde er an der Hand erfaßt und erlitt eine Verletzung an derselben. Er fand ärztliche Hilfe im Hospital zu Allerheiligen.

Auszug aus der Festrede des Genossen Hennig zum Stiftungsfest des sozialdemokratischen Arbeitervereins. Zunächst dankte Genosse Hennig den Teilnehmern an diesem Feste für ihr Erscheinen. Daß wir zusammenkommen können, um Feste zu feiern, sei auch erst eine Errungenschaft unserer Bestrebungen nach größerer Freiheit. Wir als Arme feiern Feste, um erstens unsere Sorgen für einige Stunden zu vergessen, zweitens, um unseren Frauen eine Entschädigung für harte Arbeit zu bieten, und um uns wieder Mut zu sammeln. Wenn die Bourgeoisie, die Reichen, Feste feiern, dann feiern sie dieselben aus ganz anderer Veranlassung, als wir. Sie feiern dieselben, um einesteils ihrer Vergnügungssucht zu fröhnen, andernteils, um sich bei hoher Gelegenheit oder im Glanz der Mildtätigkeit zu sonnen. Unter dem Mantel der Mildtätigkeit hat man dann Gelegenheit, in nobler Gesellschaft sich dem raffiniertesten Sinnentzettel hinzugeben. Man tanzt dabei um und für den armen Mann. Zu diesem Wohlthatigkeitsreigen mag ja wol auch einige naive Ehrlichkeit treten, doch ist die sportsmäßige Tugendhaftigkeit, Frömmigkeit und Menschenliebe hauptsächlich das treibende Element solcher Feste. Dazwischen aber durch schaue das Strebertum nach Rang und Würden. Unsere Feste sind einfach und prunklos, die Feste der Reichen sind schwelgerisch und glänzend. Wenn wir einen Rückblick auf unsere Bewegung werfen, so kann uns dieselbe nur mit Genugtuung erfüllen, der kleinste Fortschritt soll uns Mut einflößen. Unsere Gegner halten uns nicht auf, mögen sie noch so viel gegen uns aufwenden. Er erinnere sie an die Mittel, die unsere Gegner zu unserer Bekämpfung angewandt haben. So z. B. die Unteroffiziersprämien, die Enzyklika des Papstes, Eugen Richters Zukunftsbilder, an das Volksgelächter, welches die Schule der Pfaffen ausliefern soll, ferner die „geistigen“ Waffen des Pastors Iskraut u. s. w. Trotz alledem marschieren wir vorwärts. In den Reihen unserer Gegner herrsche große Ver-

wirrung durch die unter ihnen vorgekommenen Standaatgeschichten, wir aber sagen mit eiserner Ruhe: „Wenn das Chaos da, ist die Schöpfung nah!“ Man kämpft gegen uns mit der Wut entfesselter Elemente. Uns soll nichts schrecken. Und ob auch müde Kämpfer zu Boden sinken, es stehen neue auf, die jene zehnfach ersetzen. Die Schlagworte unserer Gegner, Vaterlandsliebe, Religion und Ordnung verlieren an Gültigkeit, weil die Erkenntnis kommt, daß sie im Munde vieler Leute nur Phrasen sind. Wo unsere Gegner an Boden verlieren, da gewinnen wir. Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all!“ Unsere Idee kann man nicht fesseln, sie überspringt Kasernen und Gefängnisse. Wie der elektrische Funke, so durchzittert unsere Idee das Weltall. Unsere Trommeln sollen nicht unter Gewehrfeuer wibeln, unsere Fahnen nicht durch Blut und Feuer wehen, — im weiten Reich des Geistes, da liegt für uns das Feld der Ehre! An unseren blitzenden Augen, an unserem trotzigem Sinn soll man unsere Gefühle erkennen. Bei unserem heutigen Fest wollen wir den Fahnensturm erneuern, nicht zu wanken, nicht zu zittern!“

Kein Himmel wird das Heil uns senden,
Es fällt aus keines Gottes Schoß;
Die Menschheit muß mit eignen Händen
Erdämpfen sich ihr bestes Loß.

Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Alarmierung der Feuerwehr. In vorvergangener Nacht wurde die Feuerwehr um 1 Uhr 40 Min. telegraphisch nach dem Grundstück Schießwerverplatz Nr. 13 gerufen. Dort befand sich auf dem Dache des rechten Seitengebäudes ein mit glühender Wäse gefüllter Kohlentaster. Aufsteigender Rauch hatte die Feuermeldung veranlaßt. Die Feuerwehr fand bei ihrer Ankunft die Brandgefahr schon durch die Bewohner beseitigt.

Vom städtischen Armenhause und Klassen'schen Siechenhause. Im Armenhause waren Anfang Januar d. J. 193 Männer, 134 Weiber, 28 Knaben und 20 Mädchen als Inquilinen. Der Zugang im Laufe des Monats Januar betrug: 13 Männer, 11 Weiber, 32 Knaben und 24 Mädchen; der Abgang dagegen: 5 Männer, 10 Weiber, 30 Knaben und 22 Mädchen, so daß Ende des Monats Januar in Verpflegung verblieben: 201 Männer, 136 Weiber, 30 Knaben und 22 Mädchen, zusammen 388 Inquilinen. — In der Armenhaus-(Kranken-)Abteilung, Basteigasse 7, befanden sich Anfang Januar: 63 Männer, 83 Weiber und 1 Knabe; im Laufe des Monats sind hinzugekommen: 1 Mann und 3 Weiber, dagegen gingen ab: 5 Männer und 2 Weiber, so daß Ende des Monats 59 Männer, 84 Weiber und 1 Knabe in Verpflegung verblieben. — In der Armenhaus-Abteilung des Klassen'schen Siechenhauses befanden sich ultimo Januar: 29 Männer und 64 Weiber, zusammen 93 Personen.

„Es werde Licht!“ Wir machen die Angehörigen des Buchdruckergerwerbes darauf aufmerksam, daß der nächste Klubabend am Donnerstag, den 18. d. M., in Golich's Brauerei „Zu den drei Tauben“ auf dem Neumarkt stattfinden wird. Das Thema des Vortrages lautet: „Wer sind und was wollen die Sozialdemokraten?“ Wol sehr viele Arbeiter des Buchdruckergerwerbes giebt es, denen eine erschöpfende Auskunft dieser Frage erwünscht sein dürfte. Wir erwarten daher, daß die Klubmitglieder für einen zahlreichen Besuch eifrigst agitieren werden. Namentlich sollen politische Gegner zum Besuch des Diskussionsabends eingeladen werden.

Vom Stadtgraben. Nachdem nunmehr wiederum Frostwetter eingetreten, ist die Eisdecke des Stadtgrabens heute Vormittag aufs Neue bautechnisch auf ihre Tragfähigkeit hin untersucht und eine Stärke von 15 bis 21 cm konstatiert worden. Die Schlittschuhbahnen sind seit heute Mittag zur öffentlichen Benutzung freigegeben.

Einbrüche. In der Nacht vom 12. auf den 13. d. M. wurde ein Kaufmannsladen auf der Alexandersstraße mittels Nachschlüssels geöffnet und ein Geldebeitrag von 8 Mk., 6 Paar Summiväse, mehrere Sorten andere Schuhe und Summiväse entwendet. Der Wert des Gestohlenen beträgt 101 Mk. — In der Nacht vom 13. auf den 14. d. Mts. wurden aus dem gewaltig erbrochenen Keller eines Hauses auf der Berlinerstraße 3 Zentner Kartoffeln gestohlen. — In der Nacht vom 12. auf den 13. d. Mts. wurde ein Laden auf der Weidenstraße erbrochen und eine Partie Zigaretten mit der Aufschrift „Germania Dresden“ im Werte von 30 Mk., 200—300 Zigaretten und ein Duzend Vereinsabzeichen des Deutschen Kellnerbundes entwendet.

Betrüger. Vor einigen Tagen erhielt ein Arzt in einem unweit von Breslau gelegenen Orte von einem Breslauer Konfektionsgeschäft einen Brief, worin er um Zurückstattung der gelegenen 10 Mark ersucht wurde. Der Arzt war sich nicht bewußt, von der betrügerischen

Firma etwas geliehen zu haben und brachte die Sache zur Kenntnis eines Polizeibeamten. Es wurde nun festgestellt, daß am 1. d. Mts. ein gut gekleideter Mann von großer starker Figur mit breiten Schultern, kurz geschnittenem Vollbart, der den Eindruck eines Wirtschaftsbearbeiters machte, in jenes Geschäft getreten war, sich dem Inhaber desselben vorgestellt hatte, wobei er sich für jenen Arzt ausgab, und mit der Bemerkung: „Sie werden mich ja kennen, meine Schwester hat vor zwei Jahren ein Brautkleid hier gekauft“ um ein Darlehen von 10 Mark gebeten hatte, da ihm augenblicklich das Geld ausgegangen sei. Da sich die Bemerkung betreffs des Brautkleides befähigte, war kein Mißtrauen gehegt und dem Manne das Geld ausgehändigt worden. Es ist zu vermuten, daß der Schwindler unter Beilegung von Namen anderer Personen aus der Umgebung kein Handwerk fortsetzen wird, weshalb vor dieser Person gewarnt wird. Uebrigens ist man dem Täter auf der Spur.

Neues Treibeis. In Folge der anhaltenden Kälte und des Schneefalls ist die Oder seit verflossener Nacht wieder mit Treibeis bedeckt, welches sich bereits an der Sandinsel, sowie an der Gneifenau-Brücke festgesetzt hat, aber am linken Ufer (Sandbrücke) abwärts zieht.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 13. und 14. d. Mts. 132 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: einem Barbier auf der Stockgasse 10 M.; einem Dienstmädchen aus Gründorf ein Portemonnaie mit 50 M.; einem Gefreiten vom 10. Regimente ein goldener Ring mit rotem Stein. — Abhanden kamen: einem Gutspächter aus Riemberg ein Portemonnaie mit 40 M. Inhalt; einem Herrn aus Tschernitz ein goldenes Medaillon. — Gefunden wurden: ein Regenschirm, ein Armband, ein Sammettäschchen, ein Tuch und ein Fünfsmarkstück.

Dresdener Marktpreise vom 15. Februar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer . . .	22.—	21,70	20,90	20,40	19,—	18,—
Weizen, gelber . . .	21,90	21,60	20,90	20,40	19,—	18,—
Roggen	22,10	21,70	20,90	20,70	19,70	19,50
Gerste	17,90	17,50	16,80	15,70	14,70	14,40
Hafer	14,90	14,40	14,10	13,60	13,10	12,60
Erbsen	21,—	20,80	19,50	19,—	18,—	17,50

Heu (neues) 2,50—2,90 M. pro 50 Kilogramm.
 Roggenstroh 27,00—30,00 M. pro 600 Kilogramm.

Gerechtigtes.

Dresden, 15. Februar. Landgericht. Strafkammer II. — Das Ermittlungsrecht des Vermieters. Kurz vor dem 1. August v. J. mietete die Ehefrau eines damals stillgelegten Buchhalters in dem Hause Vornegasse 1 von dem Verwalter dieses Grundstücks eine kleine Wohnung zum Preise von 10 M. monatlich. Nach Behauptung der Frau sind damals keinerlei Abmachungen über Dauer der Mietzeit oder betreffs der Kündigung getroffen worden. Die erste, am 1. September fällige Mietrate entrichtete der Buchhalter nicht, auch am 1. Oktober leistete er keine Zahlung. Schriftliche Aufforderungen zur Zahlung ließ er ohne Antwort und wollte ihn der Vermieter persönlich sprechen, so war der Buchhalter nie anzutreffen. Der Verwalter hatte bereits am 1. September die Wohnung dem Buchhalter wieder gekündigt. Als der 1. Oktober herangekommen war, zog der Buchhalter aber nicht aus; seine Wohnung blieb an diesem Tage dauernd verschlossen, und auch auf Klopfen wurde nicht geöffnet. Der Verwalter ließ einen Schlossermeister herbeiholen und beauftragte diesen, die Wohnung zu öffnen. Nachdem dies geschehen war, wurden die wenigen Habichtstücke der Familie des Buchhalters noch in den Wohnräumen vorgefunden. Der Verwalter, der in Begleitung eines Haushälters die Wohnung betreten hatte, schloß dieselbe nunmehr mit einem Vorhänge ab. Am Spätabend besah der Buchhalter mit seiner Frau und zwei Kindern in die Wohnung zurück; das Vorhänge wurde plötzlich gewaltig abgerissen. Am nächsten Tage fanden sich der Verwalter und der Haushalter wieder in der Wohnung ein und suchten die mit ihren Kindern allein anwesende Ehefrau des Buchhalters gewaltiam aus der Wohnung zu entfernen, doch konnte diese den mit Drohungen verbundenen Aufforderungen keine Folge leisten. Am 3. Oktober war die gesamte Familie abermals den ganzen Tag über abwesend, und die Wohnung blieb daher verschlossen. An diesem Tage trafen sich der Verwalter und der Haushalter nach Öffnung des Vorhanges aufs Neue überein, ob die Mietzinsen noch in der Wohnung seien. Am 6. Oktober kamen sie zusammen mit zwei Arbeitern zur Frau des Buchhalters und forderten sie auf, mit ihren Kindern unter Zurücklassung der sämtlichen Sachen die Wohnung zu verlassen. Da sie sich nicht tat, so ließ der Verwalter die Stubenwörter ausheben und die Koffeln, darunter die Bettstellen mit Betten, nach den ihm gehörigen Bodenräumen schaffen. Die Familie des Buchhalters hat dann eine Woche lang bei einem befreundeten Restaurateur gewohnt. Inzwischen hatte der Verwalter die Ermittlungsakten bei Gericht eingereicht. Auf dieselbe wurde erst 7 Wochen später die Ermittlung ausgesprochen und der Buchhalter zu den Kosten des Prozesses verurteilt. Am 1sten November war derselbe unter Zurücknahme seiner Sachen ausgezogen, und hatte auch die restierende Miete bezahlt, die vorher dagegen noch nicht gegeben. Infolge der von ihm ermittelten Strafanzeige standen die fünf vorbezeichneten Personen heute vor der II. Strafkammer und zwar waren der Verwalter und der Haushalter des gemeinschaftlichen Haushalts und der verurteilten Rätin, die

selben Arbeiter nur des gemeinschaftlichen Haushaltsbruchs und der Schlossermeister der Uebertretung aus § 369 a. l. des Strafgesetzes angeklagt. Die letzterwähnte, wenig bekannte Bestimmung lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft bis zu 4 Wochen wird ein Schlosser bestraft, welcher... ohne Genehmigung des Inhabers einer Wohnung Schlösser an derselben öffnet.“ Der angeklagte Verwalter war der Ansicht, er habe nur sein gutes Recht vertreten; die Wohnung sei rechtzeitig gekündigt worden und hätte also am 1. Oktober seitens der Familie des Buchhalters geräumt werden müssen. Der Staatsanwalt erklärte aber, daß das Recht, die Wohnung in Besitz zu nehmen, dem Vermieter erst dann zustehe, wenn gerichtlicherseits die Ermittlung ausgesprochen sei; alle vorher in der Wohnung des Buchhalters vorgenommenen Handlungen der ersten vier Angeklagten charakterisiren sich als Hausfriedensbruch und Nötigung. Hierfür beantragte der Staatsanwalt Strafen von 2 Monaten bis zu einer Woche Gefängnis. Der Gerichtshof pflichtete der Ansicht des Staatsanwalts betreffs des Rechtes des Mieters völlig bei, die Strafen wurden teinerseits aber milder bemessen, und lauteten gegen den Haushalter auf 14 Tage, gegen den Verwalter auf 10 Tage und gegen den einen Arbeiter auf 7 Tage Gefängnis; der Schlossermeister wurde zu 8 M. Geldstrafe verurteilt, der andere Arbeiter aber freigesprochen, weil ihm augenscheinlich nicht bewußt gewesen ist, daß der Verwalter unberechtigt die Wohnung betreten hatte.

Schlesien.

Hannau, 13. Februar. Feuer. Heute Vormittag gegen 11 Uhr ertönten plötzlich Feuersignale. In der zirka zehn Minuten von der Stadt gelegenen Papierfabrik des Herrn von Gablenz war Feuer ausgebrochen, und zwar brannten die in den dem Kesselhause benachbarten Räumen aufgespeicherten gewaltigen Kohlenvorräte. Dem energischen Eingreifen der Fabrikarbeiter, die am Sonnabend ein Vergnügen abgehalten hatten, und der später eintreffenden städtischen Feuerwehr gelang es nach mehreren Stunden angestrengter Tätigkeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Immerhin dürfte der Schaden an den wertvollen Kesseln und Gebäuden nicht unerheblich sein und eine Störung im Betriebe eintreten. Herr von Gablenz vermutet böswillige Brandstiftung, zumal gegen seine Person schon mehrere Attentate versucht wurden (?). Am Sonnabend waren zwei Fabrikwächter angeklagt worden, weil das Personal an dem Arbeiterfest teilnahm.

Lüben, 13. Februar. Neue Krankheit. Raum haben uns die bösen Gäste Scharlach und Diphtheritis endlich verlassen, so tritt schon wieder eine andere Kinderkrankheit epidemisch auf, nämlich der Ziegenpeter. In mancher Schule ist kaum ein Kind davon verschont geblieben. Die Halsdrüsen und das Gesicht schwellen fast bis zur Unkenntlichkeit an und sind stark gerötet, auch tritt mehr oder weniger Fieber hinzu. Bis auf wenig schwerere Fälle nimmt die festsame Epidemie meist nach 8—10 Tagen einen gutartigen Verlauf.

Beuthen. Noch ein Hochstapler. In der Witwe eines Postbeamten in Beuthen kam ein nobel aussehender Herr und verlangte das gerade zu vermietende möblierte Zimmer zu besichtigen. Dem Fremden gefiel dasselbe und da man auch über den Preis schnell einig wurde, erklärte er, sofort einzuziehen zu wollen. Um seine Sachen herzubekommen, wollte er einen Zettel schreiben; es stellte sich aber heraus, daß kein Bleistift zu finden war. Dienstoffertig entfernte sich die Wirtin, um einen solchen vom nächsten Kaufmann zu holen; als sie jedoch mit dem Gewünschten zurückkehrte, mußte sie die Erfahrung machen, daß sie einem Gauwer in die Hände gefallen sei. Der Fremde war verschwunden und mit ihm Ring, Uhr u. s. w. im Werte von 30 M.

Oppeln. Den eigenen Bruder erschossen. In der Behausung des Kolonisten Witwid in Plümenau spielten eines Tages dessen Söhne im Alter von 12 und 3 Jahren, sowie zwei andere schulpflichtige Knaben mit einer alten, schon längst verrosteten Flinte. Die Kinder hatten sich Hühnhütchen zu verschaffen gewußt und der ältere Witwid machte das Gewehr schußbereit. Der jüngere Bruder stellte sich vor die Mündung und sagte: „Kun kannst Du losdrücken, geladen ist es ja nicht.“ Der Bruder drückte los, das Unglück wollte es, daß noch ein alter Papierpfropfen im Laufe steckte und, am Kopfe tödlich getroffen, sank der Kleine zu Boden. Nach zwei Tagen trat der Tod ein. Der unglückliche Schütze wurde unter Anklage gestellt und am Sonnabend von der hiesigen Strafkammer wegen jahrlässiger Körperverletzung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Seine beiden mitangeklagten Gespielen wurden freigesprochen.

Kattowitz. Einschränkung der Kohlenförderungen! Vorgefien fand hier eine Versammlung von Besitzern und Vertretern ober-schlesischer privater Kohlengruben statt. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war eine Besprechung über die Einschränkung der Kohlenförderung in Folge geringen Absatzes.

Helschwitz. Die „Heiligkeit“ der Ehe in der heutigen Gesellschaft. Eine Hochzeit mit Hindernissen fand am Donnerstag in C. statt.

Lowitz statt. Ein hiesiger Einwohner verheiratete seine Tochter an einen Handwerker nach Oesterreich und soll dem Bräutigam eine Mitgift von 1200 Mark zugesichert haben. Nachdem die standesamtliche Eheschließung bereits vorüber war und die rituelle Trauung durch den Rabbiner Dr. Jaffe erfolgen sollte, verlangte der Bräutigam, bevor er unter den Trauhimmel trat, die versprochene Mitgift, doch da hatte er die Rechnung ohne den Hochzeitsvater gemacht. Letzterer war nur in der Lage, augenblicklich 300 Mark zu zahlen und für den Rest einen Schuldschein auszustellen. Hierauf wollte der Bräutigam nicht eingehen und alles Zureden, auch der Hinweis, daß er schon durch den standesamtlichen Akt gebunden sei, halfen nichts. Da trat plötzlich, wie geschrieben wird, ein Kaufmann aus Antonienhütte mit einem Gerichtsvollzieher ins Zimmer, rief den Bräutigam bei Seite, der Beamte stellte demselben einen Vollstreckungsbefehl zu und forderte ihn auf, eine Zahlung von 130 Mark zu leisten. Hierzu war der verblüffte Bräutigam außer Stande und sein zukünftiger Schwiegervater verpflichtete sich, die Schuld zu übernehmen, wenn die Trauung vor sich gehen würde. Der Gläubiger erklärte nun dem Bräutigam, daß er ihm den Hochzeitsstaat sofort ausziehen würde, wofür die Schuld entstanden sei, wenn er nicht sofort die Braut unter den Trauhimmel führen würde. Dies half. Der Bräutigam begnügte sich mit den 300 Mark und der Erklärung des Schwiegervaters zur Uebernahme der Schuld von 130 Mark, und die Trauung ging vor sich.

Nachtrag.

Die ober-schlesische Partei-Konferenz.

Neustadt OS., 14. Februar. In den Partieräumen des etwa 1 Kilometer von der Stadt entfernten Colasse'schen Privathauses traten heute Vormittag die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien zu einer Partei-Konferenz zusammen. Das Lokal war mit sozialdemokratischen Sinnprüchen, roten Fahnen und Schleifen geschmückt. Dieselbe wurde um 11 Uhr eröffnet. Der Einberufer begrüßte sodann die fremden Delegirten und teilte den Anwesenden mit, aus welchen Ortsgschaften Delegirte erschienen waren. Nach diesem waren 21 Delegirte erschienen und waren die Orte vertreten: Oppeln 2, Ratibor 1, Tropelowitz 1, Falkenberg 1, Ratscher 1, Leobschütz 1, Jüllz 1, Langenbrück 2, Wiese gräflich 1, Reisse 1, Neu-Ratscher 1, Fürstl.-Langenau 1, Lehn-Langenau 1, Scheppanowitz 1, Ostrog 1, Alpendorf 1, Plania 1, Neustadt 3. Aus der Bureauwahl gingen die Genossen Wilhelm Reker als 1. Vorsitzender, Prause-Leobschütz als 2. Vorsitzender und Nowat-Ratscher als Schriftführer hervor. Die Tagesordnung war folgende: 1. Wie ist es möglich, eine wirksame Agitation in Oberschlesien zu entfalten? 2. Stellungnahme einer gemeinsamen Besichtigung der Parteitage und Kongresse und Agitation zur Neuwahl im Kreise Pleß-Rhybnik. 3. Verschiedenes. Kluge-Ratibor beantragte, den 2. Punkt der Tagesordnung zu streichen, was auch, nachdem sich mehrere Redner für und wider ausgesprochen hatten, durch Abstimmung entschieden wurde, wobei der Antrag Kluge angenommen wurde.

Genosse Schütz-Dreslau erhielt sodann zu Punkt 1 das Wort. Er hielt einen längeren Vortrag und hob besonders hervor, daß es um so erfreulicher sei, daß in Oberschlesien eine Konferenz der Genossen stattfinden, da noch vor etlichen Jahren Oberschlesien der Sozialdemokratie ganz und gar unzugänglich war. Er beleuchtete sodann die geistigen Waffen unserer Gegner, die aus nichts anderem bestehen als in Lokalabtreibungen, Maßregelungen der Arbeiter mit Mißgabeln, sowie Dreckschlegeln. Stellen die Gegner sich auch einmal persönlich uns gegenüber, so sind sie auch nicht im Geringsten im Stande, unsere wahren Behauptungen zu widerlegen, wie er nachwies aus der Versammlung im „Anker“ 1890, wo es die Herren Furch und Meyner-Neustadt waren, welche jämmerlich von den richtigen Ausführungen seitens des Genossen Schütz geschlagen wurden. Auch das Verhalten der Polizeibehörde kritisirte er, welche mit Aufmerksamkeit unser Tun und Treiben überwacht, als ob wir Alle unter Polizeiaufsicht ständen. Bei den Gegnern aber sieht dieselbe nichts, wenn diese die Arbeiter um ihre Existenz bringen und sie dem Hungertode überliefern. Da ist kein Staatsanwalt da. Redner beleuchtete sodann die Tätigkeit der Zentrumsmitglieder sowie der freisinnigen Partei im Reichstage und betonte besonders das schimpfliche Verhalten des Abgeordneten Schallscha, welcher ausgesetzt hatte, daß in Oberschlesien die Schweine so billig wären, daß die Besitzer dieselben einander ohne Wissen in den Korb steckten, damit sie dieselben nicht

zu tragen brauchen. Auch die Semmeln seien so billig, daß man sich an einer halben satt essen kann. Wenn so ein Mann sich „Volksvertreter“ nennt, so kann man der Zentrumspartei zu solcher Frucht gratulieren. Eine gewisse Sorte von Volksvertretern könnte man unter Umständen mitunter Volksverräter nennen. Redner kam sodann auf die Agitation zu sprechen und sagte, daß zwar die mündliche Agitation die beste sei, aber nicht überall und Gelegenheit geboten ist, weil keine Lokale zu haben sind und deshalb muß die Agitation auch durch Flugblätter erfolgen und zwar in allen Orten, in Wohnungen, Fabriken, bei Festlichkeiten und wo es nur immer sei, müssen die Genossen bemüht sein, den Leuten Aufklärung zu geben und namentlich auf dem Lande den Gegnern die Larve herunterzureißen und ihnen zu zeigen, wie sie dem armen Manne das Brot verteuern und sich am Arbeiterschwelge mästen. Und wenn jeder Genosse seine Pflicht tut, so ist auch die Zukunft unser! Trotz dem neuen Volksschulgesetz, welches hinstellt, die Arbeiterkinder schon in der Jugend zu versimpeln, wird sich unsere Wahrheit dennoch Bahn brechen und zum Siege gelangen! Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seinen Vortrag. Der Vorsitzende schloß sich in kurzen Worten den Ausführungen des Genossen Schütz an und erteilte sodann Genossen Kühn-Langenbielau, welcher als Gast anwesend war, das Wort. Kühn führte an, daß er sehr gern der Einladung zur Konferenz gefolgt sei und wies darauf hin, wie sich die sozialdemokratische Partei in so kurzer Zeit zur mächtigsten aller Parteien in Deutschland emporgeschwungen habe, wie sich die anderen Parteien einigen und alle gegen uns gehen, was recht deutlich daran zu ersehen ist, daß sich die Zentrumspartei die Richterischen „Irrlehren“ als Katechismus beigelegt hat. Redner erklärte sodann den Punkt unseres Programms „Religion ist Privatsache“ und führte aus, daß alle gesetzgeberischen Mittel nicht im Stande sind, die innersten Gefühle und Ueberzeugungen der Menschen zu unterdrücken. Deshalb muß bei der Agitation auch sorgfältigst vermieden werden, religiöse und patriotische Gefühle zu verletzen. Man hat nur den Arbeitern die Zentrumspartei, gegen die wir auch hier nur zu kämpfen haben, ins rechte Licht zu stellen, d. h. zu betonen was sie für die Interessen der Arbeiter geleistet hat, hauptsächlich beim Arbeiterschulgesetz. Die größte Sünde hat die Zentrumspartei aber auf dem Gebiete der Steuerfrage begangen, denn die Getreide-, Holz- und Fleischzölle wären nicht zu Stande gekommen, wenn das Zentrum nicht dafür gestimmt hätte! Wenn wir nun dies dem Arbeiter klar legen, sei es durch Wort oder Schriften, so könne es nicht lange dauern, bis wir auch hier in Oberschlesien den Sieg über die Dunkelmänner erreicht haben werden. Redner widerlegte sodann auch noch den Vorwurf, welcher uns von unseren Gegnern gemacht wird: wir wollten die Ehe abschaffen und die Familie zerstören, indem er nachwies, wie dieses gerade die besitzenden Klassen tun, wie sie einen wahren Viehshacher mit ihren Heiraten betreiben und daher am allerwenigsten berechtigt sind, uns solche unwürdige Motive zu unterstellen. Redner empfiehlt sodann als beste Waffe die Presse und zwar in Flugblättern, aber nur solche, welche nicht mit den Strafgerichten in Konflikt kommen, denn sagen lasse sich ja Alles, es muß nur in der Form geschehen, daß man uns nichts anhaben kann. Auch Broschüren und Zeitungen sind gut zur Agitation, denn ein gesprochenes Wort verfliegt schneller, als wenn man es liest. Redner empfahl sodann ein planmäßiges Vorgehen, d. h. immer kleine Bezirke gründlich zu bearbeiten. Wir haben nur den Unverstand der Massen zu bekämpfen und wenn wir dem Arbeiter zeigen, daß für ihn eine bessere Zukunft blüht, so werden wir auch unseres Sieges gewiß sein. Diese Ausführungen wurden gleichfalls mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Da die Zeit vorgerückt war, wurden die Verhandlungen bis 3 Uhr vertagt. — Nach Eröffnung der Verhandlungen um 3 Uhr sprachen zu Punkt 1 noch die Genossen Langner-Falkenberg, Prause-Deobschütz, Girschmeier-Neustadt, Schneider-Neisse und Kluge-Ratibor über die Ausarbeitung eines Flugblattes, welches sich am besten für diese Gegend eignet. Es wurde beschlossen, eine Kommission aus fünf anwesenden Delegirten zu wählen, welche den vorliegenden Entwurf Langner's prüfen soll oder andere Entwürfe auszuarbeiten hat. Es entstand nun noch die Frage, ob das Flugblatt in deutscher Sprache gedruckt werden solle oder auch in polnischer. Genosse Thiel-Bülz, der selbst ein Pole ist, rät davon ab, indem er sagt, daß die hiesigen Polaken die polnische Schrift selber nicht einmal lesen können, und es wurde nach längerer Debatte beschlossen, das Flugblatt vorläufig nur in deutscher Sprache herauszugeben.

Protokoll-Doppeln in die Kommission gewählt und ihnen die Ausarbeitung des Flugblattes übertragen. Es war eine Resolution eingegangen, wonach der Parteivorstand ersucht werden sollte, uns einige Mittel zur Aufbringung des Flugblattes zu gewähren, welche aber nicht angenommen wurde. Langner-Falkenberg möchte gern das Flugblatt bis zum 1. Mai fertig gestellt sehen. 2. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu Parteitagen und Kongressen. Kühn führt hier an, daß es heute unmöglich sei, beschließen zu können, mit wieviel Personen wir die Parteitage beschicken wollen, und die Zeit erst abgewartet werden muß, bis sie heranrückt. Der Vorsitzende spricht sich ebenfalls in diesem Sinne aus und wird ein bindender Beschluß über diese Frage nicht gefaßt. Zu Punkt 3: Verschiedenes, schildern die Genossen Thiel, Girschmeier, Brostelt und Prause die ländlichen Zustände ihrer Gegend und auch das ungerechte Verhalten der Polizei den Arbeitern gegenüber. Namentlich steht in dieser Hinsicht die Neustädter obenan, die sogar die Mitgliederliste des Vereins an Privatpersonen einhändigen soll, um den Arbeitern Schaden zufügen zu können. Zum Schluß erhält Genosse Schütz das Wort und führt an, daß, trotzdem die Gegner eine Spaltung in unserer Partei erblicken, sich diese immer mehr vergrößert, trotz Polizei-Verfügungen und Volksschulgesetz, indem die Gegner niemals im Stande sind, uns geistig entgegenzutreten, wie ja die Theologen selbst auf der Kreisynode erklärt haben. Ja, es ist vorgekommen, daß sogar schon Vertreter der Wissenschaft, Leute wie Professor Sombart, bekunden mußten, daß unser Programm eine Zukunft hat. Redner erwähnt die Genossen zur Ausdauer, da ja unser Sieg gewiß ist und forderte sie auf zu einem dreimaligen Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie, in welches dann auch die Versammlung jubelnd einstimmte. Nach Schluß der Rede lief eine Depesche aus Breslau von den dortigen Genossen aus der Versammlung im Volksgarten ein, die folgendermaßen lautet: „Die heute im Volksgarten tagende große Volksversammlung wünscht der ober-schlesischen Parteikonferenz Glück und Gedeihen.“ Dieselbe wurde von dem Vertrauensmann Schrutke vorgelesen und von den Anwesenden mit großer Freude aufgenommen. Damit war die Konferenz beendet. Roter Weber. Gewerkschaftsversammlung. Am Montag, den 15. d. Mts. fand in Dlaske's Stablissement, Gräbischenerstraße, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Dieselbe war gut besucht und wurde um 8 1/4 Uhr eröffnet. Genosse Albert Schmidt-Mittweida referierte in mehr als zweistündiger Rede zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Stellung der Arbeiter zu den Streiks und Boykotts. Ausführlicher Bericht der Rede folgt morgen. Es sei nur die Resolution mitgeteilt, die einstimmig angenommen wurde. Resolution: Die heut in Dlaske's Stablissement tagende allgemeine Gewerkschaftsversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie ist davon überzeugt, daß sie von den Volkshilfs-einrichtungen des Unternehmertums nichts zu erwarten hat; sie ist ferner davon überzeugt, daß sich die Arbeiter die Fesseln, die ihnen zwangsweise angelegt sind, selbst abstreifen werden.

Verheirateter Josef Thiel, 73 J. — Adolphine Karoline, 40 J. — Färbereiwitwe Dorothea Fischer, geb. Kietz, 84 J. — Robert, S. des Tapeziermeisters Robert Böhmer, 8 J. — Uhrmacherwitwe Louise Demuth, geb. Thiermer, 75 J. — Brauereiwitwe Maria Haase, 22 J. Vom 15. Februar. Heirats-Ankündigungen I. Kaufmann Max Thiel, ev., Schweidnitz, und Martha Gerhardt, kath., Güttnersfr. 5. — Fleischer Wilhelm Metzger, ev., Al. Fleischbänke 23, und Johanna Mirawa, kath., baselst. — Fleischer Bernhard Glasruppe, kath., Goldene Adreßgasse 27a, und Bertha Meyer, geb. Hain, ev., baselst. — Steinschleifer Karl Kantner, ev., Al. Bäckerstr. 10, und Ida Greiser, ev., Kurze Gasse 54. — Hausbesitzer Gottlieb Krubert, ev., Breitenstr. 26, und Maria Groß, ev., Heiligegeiststr. 4. — Kaufmann Julius Wilschad, ev., Schmiedebude 8, und Hulba Hein, ev., Ohlauersfr. 85. — III. Müller Franz Faulhaber, kath., Waffergasse 2, und Johanna Weigelt, ev., baselst. Eheschließungen I. Kürschner Jakob Gabisch, jüdisch, mit Sarah Gott, jüdisch, hier. — Schmied Paul Kausch, ev., mit Martha Gahn, kath., hier. — Kaufmann Max Lepp, jüdisch, mit Margarete Löwenstädt, jüdisch, hier. — Maler Hermann Eißermann mit Anna Wiesner, kath., hier. — III. Schuhmacher Ernst Rupprecht, kath., mit Waleka Schröder, ev., hier. — Briefträger Josef Sambale, kath., mit Pauline Simon, ev., hier. Geburten I. Kürschner Wilhelm Jensch, ev., L. — Bäder Karl Ramba, ev., L. — Kaufmann Paul Häusler, ev., L. — Süßbrenner Karl Diebig, L. S. — Maurerpolier Carl Miksch, ev., L. — Kaufmann Siegfried Schallha, jüdisch, S. — Maurer August Karwe, ev., S. — Wöttcher Karl Triller, kath., S. — Tischler Waldemar Meißner, ev., L. — Fuhrwerksbesitzer Eduard Sacher, ev., L. — II. Hausbesitzer Ernst Fulge, ev., S. — Maschinenwärter Wilhelm Moras, ev., L. — Kürschner Heinrich Nöhning, ev., S. — Korbmacher Hermann März, ev., L. — Gepädträger Paul Böhm, kath., S. — Barbier August Sirecker, ev., L. — Klempner Gustav Ernst, kath., L. — Kaufmann Johannes Grünmayer, kath., L. — Platzmeister Wilhelm Riß, ev., L. — Schuhmachermeister Adolf Schmidt, ev., S. — Schneider Johann Fiedla, kath., S. — Buchhalter Heinrich Stumpf, kath., L. — Restaurateur Carl Kattner, ev., L. — Maurer August Hiller, ev., L. — Votomotiführer Gustav Scholz, ev., L. — Landbesitzer Gottlieb Hippe, ev., L. — Eisenbahn-Bauinspektor Hugo Schierlach, ev., S. — Korbschneider Adolf Wisse, ev., L. — Stadthauptkassen-Buchhalter Emil Schwaner, kath., L. — III. Maurer Carl Kleinmichel, ev., S. — Maschinentechniker Ewald Beuthner, ev., S. — Schriftföhrer Paul John, ev., L. — Schneidermeister Gustav Gebide, kath., S. — Wirtschaftsmeister Theodor Jeltich, ev., L. — Buchhalter Adolf Winkler, ev., S. — Schneidermeister August Gewohn, kath., S. — Metallbrecher Paul Dech, ev., S. — Tischler Florentin Sauer, kath., L. — Versicherungsbeamter Max Danke, ev., S. — Schmied Julius Siering, ev., L. — Telegraphen-Vorarbeiter Paul Scholz, kath., L. — Zigarrenmacher Heinrich Gabne, ev., S. — Goldarbeiter Otto Foraita, kath., S. — Kürschner Gottlieb Marschall, ev., S. — Tischler Hermann Conrad, ev., S. Todesfälle I. Martha, L. des Schuhmannes August Ränger, 4 J. — Emilie, L. des Müllers Emil Kusche, 28 Stunden. — Otto, S. des Malers Paul Jelloß, 11 Monate. — Musiker Wilhelm Berg, 31 J. — Korbmachergehilfe Hermann Kirmis, 19 Jahr. — Arbeiter August Heinelt, 50 J. — Handschuhmacherswitwe Bertha Ring, geb. Birkner, 88 J. — Handschuhmacherswitwe Anna Schmitz, geb. Hänel, 55 J. — Paul, Arbeiterwitwe Anna Schmitz, geb. Hänel, 55 J. — Hermann, S. des Stellmachers Franz Jakubowski 2 J. — Hermann, S. des Schmied Hermann Bödchen, 1 J. — Buchbinderwitwe Marie Plagge, geb. Fris, 71 J. Vereins-Kalender. Breslau. Leses- und Diskussionsklub „Gleichheit“. Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal „am Raben“, Bormaisstr. 47. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Breslau. Leses- und Diskussionsklub „Freiheit“. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthaus „am Rosenhain“, Ludwigsstr. 8. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Breslau. Kranken-Unterstützungs-Verein der Brauereischweiger. Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „am roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Breslau. Deutscher Schneider-Verein. Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „am roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Breslau. Verein deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufs-genossen. (Zahlstelle Breslau.) Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Vereins- und Kassenabend in Jansch Brauerei, Heinrichstraße Nr. 5. Breslau. Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schäftebranche. Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Zabels Restaurant, Kleine Groschengasse. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Breslau. Fachverein der Struktateure. Dienstags nach dem 15. jeden Monats General-Versammlung in Zabels Restaurant. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. Breslau. Gesangsabteilung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins. Jeden Mittwoch, Abends von 8 1/2 Uhr ab: Liederkunde unter tüchtigen Dirigenten im Lokale „zu den drei Tauben“, Neumarkt 8. Aufnahme neuer Mitglieder. Breslau. Leses- und Diskussionsklub „Solidarität“. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Lehndamm 28 (Zabaf). — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Briefkasten für den lokalen Teil. Genosse Feus wurde soden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und die sofortige Verhaftung befohlen.

Leser und Diskutir-Klub „Freiheit“.

Vereinsabend jeden Dienstag Abend 8 Uhr in Herrn Kalm's Lokal, Ludwigstrasse 8, „zum Rosenhain“.
Der Vorstand.

Socialdem. Lese- u. Diskutir-Club „Gleichheit“.

Dienstag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof „zum Raben“ (Kartisch), Verwerkstrasse 47.

Tagesordnung

1. Vortrag des Genossen Schütz.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Socialdemokratischer Lese- u. Discutir-Club „Solidarität“.

Jeden Mittwoch Abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Lokal des Herrn Küster, Schuldammer 28.

Mittwoch, den 17. Februar ist folgende Tagesordnung:

1. Vortrag: „Die Kommune von 1871.“ — Referent: Genosse Hennig.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Wir machen die Genossen, auch Nichtmitglieder, auf das hochinteressante Thema aufmerksam und halten einen zahlreichen Besuch für selbstverständlich. — Nach Schluss der Versammlung Aufnahme neuer Mitglieder.

Siehe auch:

Anleitung zur Benützung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes.

Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Expedition der „Volkswacht.“

August Eschenbach

Zigarren-Fabrik & Fabrik
BRESLAU,
34. Gräbschener-Strasse 34.

Geschäftseröffnung!

Einem geehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß ich Dittwoch, den 17. Februar, Gräbschenerstrasse 9 ein Fleisch- und Wurstwaren-Geschäft eröffne. Es wird mein eifriges Bestreben sein, stets gute und reelle Waren zu liefern. Um gütigen Zuspruch bitte ich
hochachtungsvoll

Julius Rother
Fleischereimeister.

Der sozialdemokratische Staat

Grundzüge

einer mutmaßlich ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsorganisation nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems.

Mit zwei graphischen Darstellungen.

Von Oswald Höpfer.

Das Buch erscheint in 14 Bogen des jetzt für die Partei literarisch eingeführten Normalformats und kostet broschiert 1,20 Mk., in Frachtband gebunden 1,60 Mk.

Ausgabe des kompletten Werks Ende September.

Um die Anschaffung zu erleichtern, erscheint auch eine **Heft-Ausgabe**, 6 Hefte à 20 Pf.; bis jetzt 3 Hefte erschienen und wird innerhalb 8 Bogen auch diese Heftausgabe komplett sein.

Der Verfasser, den Genossen durch sein Werk „**Welterschöpfung und Weltuntergang**“,

schon durch seine populärwissenschaftlichen Arbeiten für den „Neuen Welt-Kalender“ bekannt, versucht in 12 Abschnitten die Maßregeln darzustellen, welche zur Ueberführung der heutigen Gesellschaft in den sozialdemokratischen Staat nötig werden dürften, und die ersten Formen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu schildern. Das Buch kann sowohl in der Heft-, wie in der Buch-Ausgabe durch die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung, durch jede Sortiments- und Kolportage-Buchhandlung, sowie durch die Expedition dieser Zeitung bezogen werden.

Schreibchen Bestellungen werden entgegen
Königsberg, Anfang September.

Wörlein & Comp

Für Vereine!
Kartell-Artikel wie: Souquets, Dkb. v. 50 Pf. an, Orden, Dkb. von 20 Pf. an, Aufschrauben, Dkb. von 10 Pf. an.
Einladungskarten,
pro Hundert von 1 Mk. an, sowie sämtliche Drucksachen in eigener Druckerei hergestellt schnell und billig.
Brotbacken eigener Fabrik.
A. Wollmann, Breslau, Nikolaisstraße Nr. 16.

Sieben erschienen:
Der wahre Jakob 145,
illustriertes soziald. Witzblatt.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Colporteurs
und die Expedition der „Volkswacht“.

Im Verlage der Buchdruckerei
„Gartenberg“ sind erschienen folgende
Die zehn Gebote
bestehende Blätter
Nach dem gleichnamigen Moritane von
2. vermehrte und verbesserte Auflage
Erste Auflage 30 Pfennig.
Materialis sehr schön und billige
behalten.

Zu beziehen durch die Exped. der „Volkswacht“.

Sieben im Verlage der „Volkswacht“ zu Bielefeld
erschienen:
**Mein Abschied
von der Kirche.**

Zwei Vorträge von **Domela Nieuwenhuis.**
I. Die Kirche und die soziale Frage.
II. Mein Abschied von der Kirche.
Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt
von
E. Gardsers und E. Groth.
**Schöft interessante und gemeinverständliche
Agitationschrift.
Preis 20 Pf.**

Die Darlegungen uners holländischen Parteigenossen, betreffend die Stellung der Kirche zur sozialen Frage, dürften ein um so allgemeineres Interesse beanspruchen, da Domela Nieuwenhuis, bevor er zur Sozialdemokratie übertrat, jahrelang ein angesehenes Mitglied der holländischen Kirche einnahm.

Die wahre Geschichte des Josua Davidjohn.
(Ein sozialistischer Roman.)
Aus dem Englischen übersetzt von W. Liebknecht.
Neue Ausgabe.
(7 1/2 Bogen Dk. Preis nur 30 Pfennig)
Dieser Roman, der zum ersten Male in der Mitte der
siebziger Jahre in der „Neuen Welt“ erschien, aber bald dem
sozialistengegnerischen Verbot verfiel, hat schon früher den lebhaftesten
Zorn der Schwarzen erregt, seine bloße Ankündigung vor einigen
Wochen hat die Herren abermals arg in Harnisch gebracht, ein
ganz besonderer Grund für die Genossen, dieses vorzügliche Agitations-
broschürchen in recht weiten Kreisen von bis jetzt noch Indifferenten
zu verbreiten. Um eine Massenerbreitung zu ermöglichen, ist den
Preis für das über 7 Bogen starke Buch auf den fabelhaft billigen
Preis von nur 30 Pfennig festgesetzt worden.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

O du — Bliemchen!
Wohin Du kommst, erringst Du Dir
Des Publikums Interesse!
Wohin Du gehst, o Bliemchen, nur
Die fesselnde Finesse?
Man spricht von Dir als Fremden
hab
Noch mehr als unser Einem!
Fürwahr! das hätten wir uns nie
Im Leben lassen träumen!
Was ist in Breslau Tageswert?
Der Bliemchen ist's — aus Sachsen,
Und „Goldnes Fiederhörnchen“, die
Konstanz läßt Kleidung wachsen!
Jetzt im Ausverkauf.
Herren-Winter-Palstos von
10 Mark an, Ia. wie nach
Maß gefertigt von 18 Mark
an, Samwaloffs mit Kollerine,
Herren- Herbst - Anzüge von
10 Mark an, seine Winter-
Anzüge von 16 Mk. an, Fein-
Anzüge in Endy und Sammgarn
von 25 Mark an, sehr gute
von 38 Mk. an, Herren-Jaquets,
von 5 Mk. an, Winter-Jaquets
mit Wollfutter von 8 Mark an,
Schlafrocks von 8 Mark an,
Herren-Buchin-Gosen v. 8 Mk.
an, gute Winter-Gosen von
5 Mark an, Gosen und Westen
von 6 Mark an, modernste von
8 Mk. an, Knab. Winter-Palst.
mit Pelz v. 8 Mk. an, Anzüge
für i. Alter von 2,50 Mark an,
Kellner-Fracks und Anzüge.
Versandt nur an'rer Packung.
Umtausch bereitwill. jed. Zeit.
Wir empfehlen unser
Frack-Verleih-Institut,
und verleihen elegant, moderne
neue Fracks à 2 Mark
in jeder Größe und Breite.
„Goldene 74“
1. Etage, Ohlauertr. 74. 1. Etage.

Haynau.
Stiftungsfest des Diskutierklubs
Sonnabend, den 20. d. Mts.
im goldenen Löwen.
Bestehend in humoristischen Vorträgen,
Gesangsaufführungen und
Tanz.
Eintrittspreis für Gäste 50 Pfg.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Eine kleine Singmaschine fast
neu ist billig zu verkaufen.
Matthiasstrasse 30 b 8 Zc. bei Rose.

Ein Schirm
ist am Sonntag Mittag im Saale
des Volksgarten stehen geblieben
und von einem Versammlungsb-
besucher in Verwahrung genommen
worden. Es wird ersucht, den
Findling in der Expedition der
Volkswacht abzugeben.

Breslauer Korn,
das Liter 55 Pf.
Korn-Spiritus,
das Liter 1,00 Mk.
Zigarren,
größte Auswahl das 100 von 2,00,
2,50, 3,00, und 3,50 Mk.
Feinste Sorten von 4,00 bis 6,00 Mk.
Colonialwaaren
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Benno Neumann,
Friedrich-Wilhelmstr. 52.

Einbanddecken
zu
„Der Mensch und seine Rassen“
à Stück 1 Mark liefert die
Expedition
der „Volkswacht“, Breslau.